

Volkswacht

für Schlesien

mit den wichtigsten Beilagen: „Unterhaltung“, „Rundfunk“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Kranken“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition Kurze 46, durch die Postabteilungen, den „Volkswacht“, Neue Hauptstraße Nr. 5 und Neue Hauptstraße 11, sowie durch alle Kioske zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,42 RMk. + 8 Pf. Tragerecht. — 0,66 RMk. monatlich 1,76 RMk. + 8 Pf. Tragerecht. — 2,10 RMk. Durch die Post abgesetzt. — Postabgabengebühren 2.46 RMk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dresden 2**
Verantwortungsbereich: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Amt Dresden Nr. 3532.
Bankkonto: Bank für Arbeiter, Angestellte und Beamten, Zil. Dresden

Anzeigenpreis: Je Zeile für 14 Tage 17 Pf. (Anzeigen unter Tag 7 Pf. Kleinanzeigen 10 Pf., Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verzeichnisse, Besondere Anzeigen 7 Pf. Kleinanzeigen 5 Pf. Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) bei der Haupt-Expedition Kurze 46 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Unverlangt eingelangte Manuskripte werden nur zurückgegeben, wenn Rückporto beiliegt

Volkspartei und Schulgesetz.

Unklarer und zweideutiger Beschluß des Zentralvorstandes der Partei.

Braunschweig, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei, der am Montag in Braunschweig tagte, nahm zum Reichsschulgesetz eine Entschlieung an, in der es u. a. heißt: „Die Vorlage eines Reichsschulgesetzes ist in der Reichsverfassung gefordert, an deren Bestimmungen die Volkspartei hat die Aufgabe, auf der gegebenen Grundlage für eine liberale Ausgestaltung des Schulwesens einzutreten. In Ausführung ihrer auf dem Leipziger Parteitage im Jahre 1919 programmatisch festgelegten Grundzüge und, unter Anlehnung an die geschichtliche Entwicklung fordert der Zentralvorstand daher:

1. Neben Sicherung der konfessionellen Bekenntnisschule in ihrer geschichtlichen gewordenen Art dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule.
2. Angleichung der in der Reichsverfassung bevorzugten Gemeinschaftsschule an die christliche Simultanschule.
3. Sicherung der Befreiheit gegen jeden Versuch einer konfessionellen Bewegung des gesamten Unterrichts in der Bekenntnisschule.
4. Unbedingte Erhaltung der Befähigungsfähigkeit des Schulalters eines Schulverhältnisses.
5. Volle Aufrechterhaltung der Schulhoheit des Staates, auch für den Religionsunterricht.

Die Deutsche Volkspartei, die sich nach den Erklärungen ihrer Minister und der Fraktion die Freiheit der Entschlieung vorbehalten hat, ist nach wie vor bereit, an dem Zustandekommen des Gesetzes mitzuarbeiten; sie erwartet aber, daß die Reichstagsmajorität für einen Gesetzentwurf zustimmt, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht.“

Braunschweig, 21. November. In seinen Worten über das Reichsschulgesetz auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei am Montag sprach der Reichstagsabgeordnete Kuntze auf die drei Probleme zu sprechen, die eine Sonderstellung der Partei erfordern: auf das Problem der Schulformen, das Problem der geordneten Schulbetriebe und der Schulaufsicht. Nach wie vor steht die Deutsche Volkspartei auf dem Boden ihres Programms, wonach Bekenntnisschule und Gemeinschaftsschule gefördert und gefördert werden sollen überall da, wo sie nach Herkommen und Schulungsbedürfnis heimischer Art sind. Wie wollen der Bekenntnisschule ihren Bestehen bei der Umwandlung sichern, sie zu erhalten, ist dann Sache der bekenntnistreuen Erziehungsberechtigten. Die Deutsche Volkspartei hat eine Reihe von Anträgen gestellt, die von den Regierungsparteien angenommen sind. Die Forderung einer Konfessionalisierung des Gesamtunterrichts ist dadurch Gegenstandes, verschwunden auch der Schein einer dogmatischen Bindung des Unterrichts nach der Annahme eines vollparteilichen Abänderungsantrages durch die Regierungsparteien. Die Erhaltung der alten Bekenntnisschule in neuer Form ist gesichert. Was die jetzige christliche Simultanschule betrifft, wird ihre Erhaltung von fast allen Kreisen gefordert. Wir lehnen die im Entwurf vorgesehene sechsjährige Schonfrist des Reichsstaates ab, weil nach unserer Auffassung Artikel 174 der Reichsverfassung keine Schonbestimmung, sondern eine Schutzbestimmung enthält. Die Deutsche Volkspartei wird deshalb dafür eintreten, daß in den Gebieten des Reiches, in denen eine nach Bekenntnissen nicht getrennte Volksschule gesetzlich oder nach Herkommen besteht, es nach dieser Richtsicht zu stellen sind, bedarf nach reichsgerichtlicher Feststellung. Auch die Stellung der Deutschen Volkspartei zur christlichen Gemeinschaftsschule ist kulturell bedingt. Dahin wird ihre Forderung gehen, daß neu einzurichtende Schulen als Gemeinschaftsschulen einzurichten sind, soweit nicht die Erziehungsberechtigten der Mehrheit derjenigen Kinder, die der neuen Schule zugeführt werden, eine andere Schule beantragen. Die weltliche Schule gehört nach Artikel 146 Absatz 1 zu den Volksschulen und wird im Gesetz ihre verfassungsmäßigen Rechte erhalten. Mehr darf sie nicht erhalten. Ein weiteres kulturelles Problem ist der geordnete Schulbetrieb. Die Deutsche Volkspartei lehnt jede Deutung dieses Begriffes ab, die eine Fortwähren der jetzigen heutzutage hundertjährigen Schulaufsicht zur Folge haben könnte. Zur prinzipiellen Stellungnahme sind wir im Einklang mit der Entscheidung der Reichstagsabgeordneten Kuntze am 10. des Monats. Die Deutsche Volkspartei lehnt das Verbot und in ihrer Forderung eine Befähigung des Religionsunterrichts durch andere als staatliche Organe ab. Das Verbot eine Stellungnahme gegen die Forderung, deren Zweck die Erhaltung der Schulhoheit ist, ist dem Entwurf des Reichsschulgesetzes entsprechend dem Entwurf des Reichsschulgesetzes, dies aber unter Beachtung der Übertragung der Befähigung

nisse auf nachgeordnete Kirchenstellen. Die Deutsche Volkspartei wird auch fordern, daß vor Fertigstellung des Gesetzes die Kostenfrage und die Beteiligung der Gemeinden an der Umwandlung und Inneneinrichtung von Schulen prinzipiell geregelt wird. Die Deutsche Volkspartei, so schlag der Redner, lehnt jede Verantwortung ab für ein Scheitern des Reichsschulgesetzes. Sie betont auch hier noch einmal ausdrücklich, daß sie sich für das Zustandekommen des Gesetzes mit allem Nachdruck einsetzt.

Dr. Stresemann und Neuwahlen.

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei machte am gestrigen Nachmittag laut „Täglicher Rundschau“ der Parteivorstandende, Reichsaussenminister Dr. Stresemann, vertrauliche Ausweisungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage, an deren Schluß er auch auf die Frage etwaiger Neuwahlen zu sprechen kam und unter stärkstem Beifall den Neuwahlwille der Volkspartei gegenüber anderen Parteien und Verbänden betonte. In der öffentlichen Versammlung soll Dr. Stresemann in seiner Rede dem „Vorwärts“ zufolge noch folgendes gesagt haben: Vier Jahre sind es, daß die Koalition, drei Jahre lang hatten wir Weihnachten eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Gewöhnlich kommt zu Weihnachten die Krise. Die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebeshehe, sondern eine Verknüpfung und 23 Jahre lang wird sie sicher nicht dauern.

Er. Der vorstehende Beschluß des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei ist ebenso unklar und zweideutig abgefaßt, wie die Rede des Schulfachverständigen der Partei, Dr. Kuntze. Man kann aus beiden eine ziemlich weitgehende Ablehnung des Reubellischen Reichsschulgesetzentwurfes herauslesen, man kann aus ihr aber auch ebensogut herauslesen, daß die Deutsche Volkspartei der Verabschiedung des Gesetzes keine großen Schwierigkeiten machen würde, daß sie den Reubellischen Gesetzentwurf im großen und ganzen schlucken wird. Diese Unklarheit ist besonders zu beobachten in der Frage der Bekenntnisschule. Da will zwar nach der Rede Dr. Kuntzes die Deutsche Volkspartei die Forderung der Reichsverfassung, daß der Simultanschule die Vorzugsstellung gebührt, durchgeführt wissen, andererseits aber will die Deutsche Volkspartei auch die Bekenntnisschule überall da, wo sie tatsächlich schon besteht, in ihrem Bestande erhalten. Das bedeutet aber, daß zum Beispiel in großen Teilen Preussens tatsächlich die Simultanschule nicht die Vorzugsstellung haben wird, sondern die Bekenntnisschule. Uns scheint daher, daß dieser zweite Standpunkt der Deutschen Volkspartei mit ihrem ersten Standpunkt in einem unauslöschlichen Widerspruch steht. Es ist so recht der bekannte Einseitig-Andererseits-Standpunkt der alten Nationalliberalen.

Charakteristisch ist es unter diesen Umständen, daß die Forderung des Zentralvorstandes nicht auf Sicherung der verfassungsmäßig festgelegten Vorzugsstellung der Simultanschule geht, sondern nur auf die dauernde Erhaltung der christlichen Simultanschule. Tatsächlich scheint uns damit die erste grundlegende Forderung der Deutschen Volkspartei, die Dr. Kuntze noch vor ein paar Tagen in Versammlungen wiederholt aufgestellt hat, daß die Simultanschule nicht nur in ihrem gegenwärtigen Bestand er-

halten werden soll, sondern daß sie überhaupt die Vorzugsstellung haben soll, wie es die Verfassung vorschreibt, aufgegeben. Dem entsprechend legte auch Dr. Kuntze selbst in seinem Referat, wie die zweite Meldung zeigt, sein Hauptgewicht auf die Forderung, daß die in dem Reubellischen Entwurf vorgesehene Schonfrist für die sogenannten Simultanschuländer durch eine dauernde Schutzbestimmung für die bestehenden Simultanschulen umgewandelt wird. Dagegen scheinen die bisherigen weitergehenden Forderungen der Forderung der Deutschen Volkspartei aufgegeben zu sein. Auch die Forderung des Herrn Dr. Kuntze in seiner Rede, daß neu einzurichtende Schulen als Gemeinschaftsschulen einzurichten sind, kann diesen Eindruck nicht zerstreuen, da gerade diese Forderung nicht in den Beschluß des Zentralvorstandes mit aufgenommen worden ist. Uebertig steht in dem Beschluß des Zentralvorstandes auch die Feststellung, daß der Reubellische Entwurf des Reichsschulgesetzes verfassungsändernder Natur ist.

Wesentlich erfreulicher und deutlicher sind die anderen Forderungen der Deutschen Volkspartei. Wir rechnen dahin besonders die Forderung, daß der geordnete Schulbetrieb auf jeden Fall gesichert sein und daß eine Deutung dieses Begriffes, die auf seine Aufhebung hinauslaufen würde, verhindert werden muß, ferner die, daß eine Beaufsichtigung des Religionsunterrichts durch andere als durch staatliche Organe, d. h. also doch wohl durch Personen, die ihre Anweisungen von den Staatsbehörden empfangen, abgelehnt wird. Ebenso erfreulich ist es endlich auch, daß die Deutsche Volkspartei eine einwandfreie Regelung der Kostenfrage verlangt. Wenn die Deutsche Volkspartei tatsächlich auf diesen Forderungen besteht, so wird trotz des Entgegenkommens in der grundsätzlichen Frage des Verhältnisses von Bekenntnisschule und Simultanschule die Einigung zwischen Zentrum und Deutschnationalen auf dem Reichstagsboden nicht unmöglich. Das ist in Braunschweig die Befürchtung durchaus nicht zerstreut worden, daß die Deutsche Volkspartei aus allgemein-politischen Gründen dennoch schließlich auch in diesen Punkten nachgeben wird. Freilich machte sich Herr Kuntze in seiner Rede wieder hart und lehnte von vornherein jede Verantwortung für ein Scheitern des Reichsschulgesetzes ab, und freilich sprach sogar Dr. Stresemann in einer anderen Rede von der Möglichkeit einer Regierungskrise zu Weihnachten, aber darauf kann man deshalb nicht viel geben, weil die Formulierung des entsprechenden Punktes in dem Beschluß des Zentralvorstandes wiederum so unklar und allgemein gefaßt ist, daß man mit ihr alles anfangen kann. Wenn es nämlich am Schluß dieser Entschlieung heißt, daß die Deutsche Volkspartei erwarte, daß ihre Reichstagsfraktion nur einem Gesetz zustimme, das den Forderungen ihres nationalen und liberalen Bildungsideals entspricht, so ermöglicht dieser Satz der Reichstagsfraktion in Grunde jede Entschlieung, die sie fassen will. Wenn man der Reichstagsfraktion wirklich die Hände hätte binden wollen, wäre es notwendig gewesen, wenigstens von ihr zu verlangen, daß sie für unbedingt die Durchführung der fünf in der Entschlieung formulierten Forderungen eintritt, daß sie aber anderenfalls das Gesetz ablehnt.

So bleibt die Situation auch nach dieser Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Braunschweig durchaus unklar. Gemiß wird die Verabschiedung des Reichsschulgesetzes auch jetzt noch große Schwierigkeiten machen und das Schicksal des Entwurfes ist noch in keiner Weise endgültig entschieden. Es bleibt aber durchaus die Möglichkeit offen, daß die Deutsche Volkspartei schließlich doch den Forderungen des Zentrums und der Deutschen Volkspartei in den Hauptpunkten nachgibt. Seltensfalls wird man damit rechnen müssen.

Probleme der Ostfürsorge.

Verlagen der Reichsregierung. — Der Ruf nach der Ostfürsorge in Schlesien. — Benachteiligung Breslaus.

Die deutsche Reichsregierung hat das Programm der Fürsorge für den Osten unter Führung einflussreicher rechtsstehender Kreise nach und nach vom materiellen auf das organisatorische Gebiet zu schieben versucht. Sie hat in der Tat allen Anlaß dazu. Denn alle Bemühungen des Preussischen Landtags und Preussischen Staatsministeriums der Reichsregierung um Erhöhung der den östlichen Grenzgebieten für Aufgaben wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Art zur Verfügung gestellten völlig ungenügenden Mittel sind bekanntlich gescheitert. Ja, man weiß nicht einmal, ob man im nächsten Staat mit Sicherheit selbst nur mit den künftigen Summen rechnen darf, die in diesem Jahr ausgemessen worden sind. Die materielle Ostfürsorge, die einer Reichsregierung eingeleitet worden ist, in der die Deutschnationale Volkspartei nicht vertreten war, unterliegt ihrem Ende unter einer Reichsregierung, in der der jetzige Deutschnationale Parteivorstand hier von Reubell der Wahrheit zum Trotz als Reichsminister für den Osten durch Parteistrenge empfohlen ist oder selber empfiehlt.

Um dies klambrige Schauspiel, um dieses völlige Versagen der Deutschnationalen Volkspartei in der Fürsorge für die große Masse der Bevölkerung im Osten, ihrer Hauptdomäne zu veranschaulichen, hat die Rechte im Augenblick die Organisationsfrage in den Vordergrund gestellt. Bezeichnenderweise tief sie nach einem Reichstagsbeschluss für Ostpreußen nicht etwa für den ganzen Osten. Denn Ostpreußen ist, wie man weiß, ein Schicksal, das nicht braun genug deutschnational wähl. Die Räte Ostpreussens sind in mehrerer Beziehung eigenartig und bedürfen einer besonderen Behandlung. Sie sind aber nicht durch die Schaffung einer besonderen Ostpreußenorganisation (sondern durch die Vertiefung des Reichsstaates in Ostpreußen) zu fördern. Man hat die Deutschnationalen unter dem Ruf nach einer Ostpreußenorganisation in der Provinz des Reichs und Staatsratsmitglied Kreuze vor sich zu haben, je mehr das Reich die Ostpreußen in die Reichsregierung für einen Deutschnationalen, je mehr die Ostpreußen gegen die Reichsregierung und die Deutschnationalen vorgehen hat, und Deutschnationalen mit besetzten Händen, nicht zu

andere preussische Verwaltung unter einem sozialistischen Innenminister aus dem Osten wenigstens teilweise austauschen.

Selbst der gegenwärtigen Reichsregierung ist bei der Stellungnahme zu den agitatorischen Wünschen der ostpreussischen Deutschnationalen etwas unheimlich geworden. Herr Marx hat zwar in Königsberg an die Adresse der Deutschnationalen in Ostpreußen fast so freundliche Worte gefunden, wie in München für die bayrische Eigenstaatlichkeit; dennoch hat sich die Reichsregierung in dem Zeitpunkt, in dem der Chor der Stimmen für eine Verwaltungsvereinbarung von Tag zu Tag stärker erklingt, zur Schaffung einer neuen Behörde doch nicht entschließen können.

Diesem, die die Durchführung einer praktischen Ostpolitik wünschen, werden die Hauptarbeit darauf konzentrieren müssen, daß die Reichsregierung erhöhte Mittel für die östlichen Grenzgebiete in den Etat einsetzt, und daß die Summen des ordentlichen Etats eine den Osten und seine Notlage angemessen berücksichtigende Verteilung finden. Diese Forderung erhebt sich auch nachdrücklich gegenüber der preussischen Regierung. Auch sie hat nach wie vor die Pflicht, die Mittel, die der Entlastung des Finanzmarkts und der sozialen und kulturellen Pflege der einzelnen Landesteile zugute kommen, in solchen Teilbeträgen nach dem Osten zu werfen, daß dessen Rückständigkeit gegenüber den anderen Landesteilen in möglichst kurzer Zeit behoben wird.

Für den Wohnungsbau, als das wichtigste Teilgebiet, läßt eine Nachweisung für das Jahr 1927 erkennen, daß die zuständigen preussischen Regierungsstellen sich ihrer Verpflichtungen gegen den Osten bewußt geblieben sind. Abgesehen von den den Gemeinden in Niederschlesien zum Wohnungsbau verbliebenen Mitteln von etwa 24 Millionen, hat die Provinz aus dem staatlichen Wohnungsvorsorgefonds mehr als 18 Millionen Mark zu Wohnungsbauzwecken erhalten, d. h. 7 1/2 Millionen Mark mehr als sie an ihn nach den gesetzlichen Bestimmungen abgeführt hat. Die Provinz Oberschlesien hat bei 5 1/2 Millionen Eigenaufkommen annähernd 12 Millionen Mark aus dem staatlichen Anteil zugeteilt bekommen, d. h. über 9 Millionen Mark mehr als sie abgeführt hat. Die schlesischen Provinzen haben also zusammen rund 18 1/2 Millionen Mark zugewiesen erhalten, die in anderen Landesteilen aufgebracht sind; nicht ohne deren heftigen, aber deswegen unbegründeten Widerspruch, weil in ihnen die Wohnungsschwierigkeiten nicht in dem Umfange vorhanden sind, und ihr verhältnismäßiges Eigenaufkommen höher ist als in Schlesien.

Trotz dieser erheblichen Mehrüberweisungen für Schlesien hat übrigen auch in diesem Jahr die Stadt Breslau nicht den Anteil von dem für die Unterverteilung im Breslauer Bezirk zuständigen Breslauer Regierungspräsidenten zurückerhalten, den sie an den staatlichen Wohnungsvorsorgefonds abgeführt hat; vielmehr ist ein nicht unbeträchtlicher Teil ihres Aufkommens für den Wohnungsbau in anderen Städten des Bezirks zur Verfügung gestellt worden. Zwar ist das Aufkommen in Breslau, das der Stadt selbst verbleibt, auf den Kopf der Bevölkerung erheblich größer, als das in kleineren Städten; dennoch ist nach einer Statistik, die die gemeindlichen Wohnungsbaumittel, die Gesamtmittel aus gemeindlichen und Staatsanteil auf den Kopf der Bevölkerung und die Prozentzahl der Haushaltungen ohne eigene Wohnung gegenüberstellt, nicht zweifelhaft, daß dieser Verteilungsmobus des Regierungspräsidenten nicht das Richtige trifft, sondern Breslau ungerecht benachteiligt. Man wird angeschlossen der besonderen Breslauer Wohnungsnot in Zukunft erwarten können, daß der Stadt wenigstens ihr eigenes Aufkommen von dem Breslauer Regierungspräsidenten voll aus dem staatlichen Wohnungsanteil zurückerhalten wird, wenn sie schon an dem nach Niederschlesien fließenden Mehrbetrag an Zuweisungen nicht beteiligt wird.

Die Bedeutung des Wohnungsbaues für die Entwicklung des Arbeitsmarkts nicht nur im Bauhandwerk, sondern in allen mit ihm zusammenhängenden Gewerben ist so groß, die Höhe der Mittel dafür im Verhältnis zu den insgesamt für Einzelaufgaben den Landesteilen von den Zentralstellen zuzulegenden Beträgen so beträchtlich, daß nach wie vor auf eine den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen des Ostens entsprechende Verteilung dieser Mittel das größte Gewicht gelegt werden muß. Das ist der Grund, weshalb, auch von der Seite der Produktion ausgehend, die Sozialdemokratie auf die Erhaltung der Bestimmungen über Mieterschutz und staatliche Wohnungswirtschaft ein entscheidendes Gewicht legen muß; ohne solche würde, soweit überhaupt private Mittel für Wohnungsbau fließen würden, eine Regulierung nach Gebieten der Wohnungsanal, die zugleich sozial die gefährlichsten sind, nie möglich sein, vielmehr eine den Bedürfnissen des Wohnungsmarkts widersprechende Entwicklung einsehen. Damit ist freilich nur eine Seite des Problems berührt. Die andere, die die Verstärkung des Wohnungsbaues und eine Gestaltung der Mietsätze in Neubauwohnungen umfaßt, die für das Proletariat erzwunglich sind, läßt sich nur lösen durch die von der Sozialdemokratie stets vertretene, aber von keiner bürgerlichen Partei bisher angenommene Forderung, den gesamten Ertrag der Hauszinssteuer und nicht nur einen Teil davon, für den Wohnungsbau zu verwenden. Der Bürgerhaushalt in dem grundlegenden Reichsgesetz dieser Forderung nicht Rechnung getragen. Nur auf diesem Wege wäre auch die soziale Lösung der Wohnungsfrage möglich. Das ist indessen eine Frage, die nicht den Osten allein, wenn auch wegen seiner besonders ungünstigen Lohnverhältnisse in höherem Maße als die anderen Landesteile, sondern das ganze Reich angeht.

Oberschlesien wieder vor dem Völkerbund

Der neue Streit über die Minderheitsschulen. Trozdem Polen seit dem vorigen Jahre einen Sitz im Völkerbund innehat, hat es bei seiner Politik dem Völkerbund gegenüber verfaßt, in denjenigen inner- und außenpolitischen Fragen, in denen eine Zuständigkeit des Völkerbundes gegeben ist, sein Verhalten so einzurichten, daß kein Anlaß mehr zu Klagen gegen Polen vor dem Völkerbund gegeben ist. Es vergeht noch heute kaum eine Ratsitzung, in der nicht eine polnische Streitfrage auf der Tagesordnung steht. Meist handelt es sich dabei nach wie vor um Minderheitsfragen, und auch die bevorstehende Debatte über die polnische Streitfrage auf der Tagesordnung steht. Meist handelt es sich dabei nach wie vor um Minderheitsfragen, und auch die bevorstehende Debatte über die polnische Streitfrage auf der Tagesordnung steht.

Auf Grund des Genfer Abkommens über Oberschlesien hat die deutsche Minderheit im polnischen Teil und ebenso die polnische Minderheit im deutschen Teil Anspruch auf die Einrichtung von Minderheitsschulen oder -klassen, sobald eine hinreichende Anzahl von Eltern ihre Kinder für Minderheitsschulen anmelden. Ausdrücklich heißt es im Genfer Abkommen, daß diese Erklärungen der Eltern nicht bestritten oder nachgeprüft werden dürfen. Diese Bestimmung des Genfer Abkommens beruht auf dem Grundgedanken, daß die Zugehörigkeit zu einer Nationalität oder Minderheit nur Sache eigener freier Entscheidung sein kann, es hierfür also weder ein objektives Merkmal gibt, noch eine Entscheidung einer beherrschenden Stelle möglich ist. Im vorigen Schuljahr hatten nun die polnischen Schulbehörden trotz des klaren Wortlauts des Genfer Abkommens bei einer großen Zahl neu angemeldeter Kinder Nachprüfungen darüber vorgenommen oder verlangt, ob die betreffenden Kinder auch wirklich zur deutschen Minderheit gehörten, und schließlich nicht weniger als 9000 Kinder vom Besuch der deutschen Minderheitsschulen ferngehalten, ja sogar durch PreSSIONen und Bestrafungen den Eintritt in die polnischen Schulen zu erzwingen versuchten. Bei der Klage des Völkerbundsrats, der als höchste Instanz — der Präsident der gemischten ober-schlesischen Kommission, Calonder, hatte das Vorgehen der polnischen Behörden restlos verurteilt — über diesen Konflikt zu entscheiden hatte, wurde zwischen Deutschland und Polen ein Kompromiß geschlossen. Danach sollte der größte Teil der betreffenden Kinder sofort oder mit Ende des Schuljahres in die deutschen Minderheitsschulen aufgenommen werden, und nur in einer Reihe von streitigen Fällen sollte auf polnische Verlangen festgestellt werden, ob das Kind auch hinreichend über deutsche Sprachkenntnisse verfüge, um dem Unterricht folgen zu können. Dem Präsidenten Calonder wurde als Sachverständiger für diese Sprachprüfungen der Schweizer Schulmann Maurer beigegeben, der inzwischen in einwandfreier Weise einige hundert Prüfungen vorgenommen hat.

Während nun aber für Deutschland das Kompromiß vom März des Jahres nur eine einmalige Regelung außer Schwierigkeiten bedeutet, hat Polen versucht, diese Prüfungen zu einer dauernden Einrichtung zu machen. Das ist weder mit dem Genfer Abkommen vereinbar,

noch scheint es pädagogisch gerechtfertigt, weil bei der Eigenart der Kultur- und Sprachverhältnisse solche Prüfungen an sich wenig Sinn haben. Da nun aber der Völkerbund erstarrt über das März-Kompromiß, der Calonder und Urtilla, die Vornahme weiterer Prüfungen für zulässig erklärt hat, das Auswärtige Amt an den Völkerbund wandt und hiergegen Einspruch erhebt. Infolgedessen wird Dezember über diese grundsätzlichen bedeutenden Minderheitsfrage in Genf wiederum verhandelt werden. Vom Standpunkt eines modernen Minderheitsrechts ist hier nur eine Entscheidung möglich, die die freie Selbstbestimmung über die Zugehörigkeit zu einer Minderheit anerkennt.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. Gute Fortschritte. — Einigung in den Vorfragen bevorstehend.

Berlin, 21. November. Wie die Blätter erfahren, ist Erfüllung einer der polnischen Regierung im Zusammenhang mit den Nebenabklärungen gegebenen Zusagen an den vergangenen Sonnabend dem polnischen Sondergesandten Jadowski die deutsche Stellungnahme zu den schwebenden Fragen schriftlicher Formulierung überreicht worden. Die polnische Antwort werde im Laufe des heutigen Tages erwartet. Man rechnet damit, daß sie es ermöglichen werde, die Besprechungen, die bisher befriedigend verliefen, bald zu einem günstigen Abschluß zu bringen. Auch in der Frage der polnischen Schmitt Holzhausner rechnet man mit einem zufriedenstellenden Ergebnis der ausgenommenen Besprechung.

Berlin, 22. November. Den Blättern zufolge ist gestern nachmittag im Auswärtigen Amt durch den polnischen Sondergesandten Jadowski die Antwort der Warschauer Regierung auf das deutsche Memorandum über Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsverhandlungen überreicht worden.

Nur nicht sparen! Das Reichswehrministerium gegen die Sparmaßnahmen des Reichsfinanzministers.

Berlin, 21. November. (Eigener Bericht.) Der Reichsfinanzminister hat an dem Wehretat des Herr Gehler eine ganze Reihe von Abstrichen vorgenommen. Die Folge ist, daß man im Reichswehrministerium außerordentlich verstimmt ist. Der Reichswehrminister hat trotz dem über die Abstriche des Finanzministers hinaus noch eine ganze Reihe anderer Posten gestrichen. Dagegen hat das Reichswehrministerium unter dem Hinweis auf die Interessen der Landesverteidigung entschieden protestiert. Eine Verständigung über die Abstriche konnte bisher zwischen den zuständigen Instanzen nicht erzielt werden, so daß sich jetzt das Reichskabinett mit diesem neuesten häuslichen Streit innerhalb seiner Mauern befassen soll.

Titwinow über Rußlands Standpunkt in der Abrüstungsfrage.

Moskau, 21. November. Titwinow legte in einem Interview mit Vertretern der Sowjet- und der Auslandspresse den Standpunkt der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage dar. Er führte u. a. aus: Die Regierung der Sowjetunion vermag niemals die Wägen gegenüber der Bereitschaft und der Fähigkeit kapitalistischer Länder zur Beseitigung des Systems der Rüstung und zur Durchführung der Abrüstung, was durch die siebenjährige fruchtlose Arbeit hinsichtlich der Abrüstung gerechtfertigt ist. Durch ihren Beschluß, eine Delegation zur bevorstehenden vierten Tagung der Vorbereitungskommission und auch zur Abrüstungskonferenz zu entsenden, nimmt die Sowjetunion ihren Feinden die Möglichkeit, ihr ein etwaiges Scheitern der Konferenz zuzuschreiben und entzieht ihren Nachbarn den Anlaß, ihre Ablehnung der Abrüstung durch die Nichtteilnahme der Sowjetunion zu rechtfertigen. Der Sowjetstaat betreibt eine konsequente Friedenspolitik. Er bietet allen seinen Nachbarn und nicht allein seinen Nachbarn, den Abschluß von Angriffspakten an. Wenn die kapitalistischen Länder die Verwirklichung des Planes einer vollen Abrüstung mit einem Male oder im Laufe kürzester Frist für unmöglich halten, ist die Sowjetregierung auch mit einer allmählichen Durchführung dieses Planes in Terminen, die die Konferenz festzulegen hat, einverstanden. Die Sowjetdelegation wird in Genf mit ihrem eigenen Programm erscheinen und jene Delegierten als ihre Verbündeten betrachten, die sich diesem Programm anschließen oder Anträge vorlegen, die sich in gleicher Richtung bewegen. Als eine ihrer Hauptaufgaben wird sie es betrachten, die Aufmerksamkeit der Kommission und lobann der Konferenz auf die Notwendigkeit der Schaffung wahrhaft fester und wirksamer Friedensgarantien zu lenken.

Der fatte Prinz.

Leben und Abenteuer von Prinz Demetrios. Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben. Januar bis Juni 1927. Copyright 1927 by Neff-Verlag G. m. b. H., Berlin W. 9.

Wie sieht es mit der Gesundheit des Herzogs? Ich habe gehört, er sei ziemlich leidend, wandle ich mich zum Hausarzt. Er sagt öfters. Die letzten Jahre seien ihm sehr mißgünstig zu haben, königliche Hofeitel. Und der Krönung? Ich meines Willens zur Reichswehr übergetreten. Ja, allerdings. Jetzt hat er jedoch den Soldatenrock an den Kopf gehängt und ist schon seit längerer Zeit in der Gegend von Groß-Lobau Jagdmeister. Fragte ich den alten Kammerherrn v. Bl. Kann ich bei gutem Willen zum behaupten, königliche Hofeitel. Wie wohl ihm schließlich ein Haus direkt vor der Nase über'n Wein promenierte, hat er zweimal daneben gedraht und ihm nicht mal den Schwanz verleiht. Nun, es kann nicht jeder ein so hartes Auge und eine so sichere Hand haben wie der Oberlandesforstmeister v. Bl. Der Kammerherr verbrachte sich geistlich. So wurde ich mich bald zu dem alten, bald zu dem neuen mit einer mehr oder minder großen Sicherheitsbedeutung. Jedemal, sobald ich jemand ins Gespräch kam, schloß ich mich nach den betreffenden ein leeres Raum, während jedes andere Gespräch sehr leise wurde. Der Diener erhebt sich und hat zur Tafel. Der Kammerherr v. Bl. paradiert sich kurz vor mir. Würden königliche Hofeitel die Gnade haben, meine Gattin zu Tisch zu setzen? Ich dachte und hat der Frau Kammerherr mit einer Verbeugung den Arm und lächelt her anherz narrens. Die Tischgüter der Speisefächer wurden aufgestellt.

Ihr, mir gegenüber der Hausherr, zu seinen Rechten der Kammerherr v. Bl. Ganz unten am Ende der Tafel saßen die Krantjunker, mitten unter ihnen die beiden wohlgenährten As. Es war offensichtlich, daß in meiner Nähe nur der frühere Hofadel platziert worden war. Die schönen alten Sachen... sagte ich zur Frau Kammerherr, während ich ein besonders schönes Glas mit dem Koburger Wappen nahm und den Schiß im Lichte glänzen ließ. Ja, sie sind schön, meinte er und blühte ein wenig hoch über den Tisch. Der Diener reichte ihr die Vorpeife. Der General Freiherr v. Marschall ist sehr krank. Es scheint diesmal sehr ernst um ihn zu stehen, meinte jemand. Ja, wir haben es vor kurzen erfahren, entgegnete der Gahgeber. Königlich Hofeitel konnte doch den General? Ich kann mich im Augenblick nicht erinnern. Königlich Hofeitel jagen wohl öfters? Fragte der Herr Oberlandesforstmeister, ich ein wenig verneigend. Nur ab und zu. Es trat eine kleine Pause ein. Alle waren von der Jagd sehr hungrig. Um den letzten Durst zu stillen, wurde nach einer kalten Ende-Reisig herangerufen. Man hörte aus den Ähren der Gäste. Die Diener wuschelten die Teller. Welch wunderbares Blau! meinte ich zur Frau Kammerherr und wies auf ein Bild, das eine junge Dame in einem blauen Seidenkleid zeigte. Ja, es ist die Lieblingsnichte. Ihre verheiratete Frau Strogmutter gewohnt. Ich habe die alte Kaiserin sehr liebgehabt. Es ist mein Bild in jüngeren Jahren. Sie nahm eine von den mit dem Tisch liegenden Blumen zwischen die Finger und spielte damit, die Augen geleert. Der Diener reichte die Suppe. Ja, es war eine wunderbare Frau. Ich habe ich ihren Gedanken weiter und verschluckte schnell ein Lächeln mit der Suppe. Der Diener verbeugte sich lautlos hinter mir. Das ist ein... sagte er ganz leise. Weidmannsheil! Königlich Hofeitel? rief der Kammerherr v. Bl. und trat mir zu. Weidmannsheil, Herr Oberlandesforstmeister! entgegnete ich und trat ihm zu. Der Kammerherr unterließ sich jedoch nicht mit dem Gahgeber. Der Herr Kammerherr reichte das Klappern der Teller herüber. Der alte v. Bl. machte sich daran, er hatte eine ganze Schale großer Tafelbeeren mitgebracht. Alles stand sehr schön, die Frau Kammerherr sagte nur. Dank v. Bl. — Sagt! Na, sag! Ich bin es aus der Handlung. Die Teller wurden wieder herumgereicht bis Teller aus ist mit Schokolade gefüllt. Der Kammerherr erhob sich langsam. Es wurde ganz still. Nur die Frau Kammerherr blieb noch immer gedankenvoll mit der Suppe. Ich sah mich um. Der Diener trat herüber und sagte: Keine Herren! Das erste hoch kalten Kaiser, wenn es sein kann!

Alles schob die Stühle zurück und leerte stehend mit einem Blick auf mich das Glas. Eine große Begeisterung bemächtigte sich aller. Ich winkte dem Diener, sich mir mein Glas von neuem füllen und stand auf. Der alte v. Bl. schüttelte sich noch einmal, dann wurde es auf einmal ganz still. Herr Kammerherr! stotterte ich rasch und leise. Im Namen Seiner Majestät, meines Großvaters, im Namen des ganzen Kaiserhauses danke ich Ihnen! Auch ich hätte einmal vom Schicksal bestimmt zu sein, die deutsche Kaiserkrone zu tragen. Vieles hat sich geändert. Wer weiß, was mir noch bevorsteht. Aber was auch kommen mag, mein Glaube an Ihre Treue zu mir und meinem ganzen Hause kann nie und nimmer erschüttert werden. Als erster Hohenzoller, der die Ehre hat, als Gast in diesem Hause zu weilen, erhebe ich mein Glas und leere es auf das Wohl des alten Gahgebers und meines Gahgebers. Es lebe das Haus v. Bl. Nach kurzer Verbeugung vor der Dame des Hauses und dem Hausherrn leerte ich das Glas. Beide dankten für die Ehre, die sie ihrem Hause zuteil ward. Auf allen Gesichtern lag etwas wie Leid. Die Unterhaltung wurde jetzt noch lebhafter, und da recht scharf getrunken wurde, legte die Stimmung immer höher. Der alte Kammerherr v. Bl. erzählte von seinen Reisen nach den englischen Kolonien. Dreißigjährig sah er mit seinem mächtigen Körper da und polterte: Donner und Doria! Das sage ich Ihnen, meine Herren, die Engländer haben es raus, mit ihren Leuten fertig zu werden! Wie die mit ihren Kulis in Indien umspringen, einfach jabelnd! Mühte in Deutschland so sein! Hat mir bis auf die Knochen imponiert! Und erst der englische Hof! Da verstehen sie zu leben! Ich bin mehrfach auf Schloß Windsor und Balmoral zu Gast gewesen. Königlich Hofeitel werden ja die englischen Königschloßler kennen? — Leider nein, Herr Kammerherr. Aber Osborne auf der Insel Wight ist königlich Hofeitel doch bekannt? — Bedauer, gleichfalls nicht, Herr Kammerherr, ich bin nie in England gewesen. — Schade schade, so werden Sie noch alles nachholen. Also, durch den Chef unseres Hauses, den Fürsten v. v. Walfahrt — lebt dauernd drüben in England — bin ich schon früh in der dortigen Gesellschaft eingeführt worden. Fühle mich in merry old England wie zu Hause. Ja, das waren auch Tage, als der Kaiser zur Zeit der seligen Queen mit der Hochzeitsfeier und dem zweiten in Wales an der Regatta teilnahm. Na, der hat den Engländern und ihrer dornheimen Royal Yacht Squadron gezeigt, was eine Partie ist. Die Trinksprüche nach dem Siege hatten Sie hören müssen, königlich Hofeitel!

(Fortsetzung folgt.)

Rücktritt des belgischen Kabinetts

wegen der Uneinigkeit über die Militärreform.

Brüssel, 21. November. (Eig. Drahtber.) Die belgische Regierung ist am Montagabend nach einem dreistündigen Kabinettsrat zurückgetreten. In einem amtlichen Communiqué heißt es über den Gang dieser Sitzung, daß der Kriegsminister eine ausführliche Darstellung über die Militärfrage gab. Er schloß mit der Erklärung, daß es unmöglich sei, im Ministerrat einen einstimmigen Beschluß, insbesondere über die Dienstzeit, herbeizuführen. Der Kriegsminister schlug deshalb vor, die Frage einer gemischten Kommission von Militärsachleuten und Parlamentariern zu überweisen. Eine Einigung hierüber kam nicht zustande, so daß der Gesamtrücktritt beschlossen wurde.

Der Antrag auf den Rücktritt des Gesamtkabinetts wurde von den sozialistischen Ministern gestützt, nachdem sie zuvor die Überweisung der Militärfrage an eine Kommission abgelehnt hatten.

Wieder ein Kabinett Jaspars?

Brüssel, 22. November. In politischen Kreisen glaubt man, daß wenn der König Jaspars wiederum mit der Bildung des Kabinetts beauftragt sollte, das neue Ministerium ziemlich schnell gebildet werden könnte. Es würden dann zu den Mitgliedern der Katholischen Partei und der Liberalen der bisherigen Regierung zwei Mitglieder der Liberalen und zwei Mitglieder der demokratisch-christlichen Gruppe treten. In diesem Fall würde das Kabinett noch in dieser Woche gebildet werden können.

De Brouckere geht nicht nach Genf.

Brüssel, 22. November. Im Zusammenhang mit der Kabinettskrise hat sich De Brouckere entschlossen, Belgien auf der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf nicht zu vertreten.

Wahlstieg der freien Gewerkschaften

bei den Ortskrankenkassenwahlen in München.

München, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand in München die Wahl des Ausschusses der Münchener Ortskrankenkasse statt, der ein heftiger Wahlkampf zwischen den freien und den christlichen Gewerkschaften vorausging. Die letzte Wahl geht zurück bis ins Jahr 1913. Damals vermochten die Christlichen 22 und die freien Gewerkschaften 38 Ausschuhmitglieder zu erzwingen. Die heutige Wahl brachte trotz der schlechten Wahlbeteiligung (50 Prozent) den freien Gewerkschaften einen großen Erfolg, indem sie 61 2/3 Stimmen und damit 43 Ausschuhmitglieder erlangten. Die Christlichen erhielten dagegen nur 26 2/3 Stimmen bzw. 17 Vertreter. Demnach gewinnen die freien Gewerkschaften auch im Vorstand einen weiteren Sitz, während die Christlichen einen verlieren. Dieser Vorstand setzt sich künftighin zusammen aus zehn freien Gewerkschaftlern und vier Christlichen.

Stresemann gegen den Stahlhelm.

Rede auf der Tagung der Deutschen Volkspartei in Braunschweig.

Braunschweig, 21. November. Im Anschluß an die alle großen Fragen der Innen- und Außenpolitik umfassende Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Reichs-Außenminister Dr. Stresemann das Wort zu einer kurzen Ansprache nahm. In der er unter anderem folgendes ausführte: Wenn sich der Landesverband Braunschweig „Stahlhelm“ in seinen Forderungen in die politischen Parteien zur Fortsetzung seiner Außenpolitik ausspricht, die von Demütigung zu Demütigung geführt habe, so muß ich das ganz entschieden zurückweisen, wie es auch die Volkspartei Braunschweigs bereits getan hat. Sollte es richtig sein, daß die deutschnationalen Braunschweiger „dieser Forderung“ nachgegeben haben, so stellen sie sich damit in schroffsten Widerspruch gegen die deutschnationale Reichsparteileitung und die deutschnationalen Kabinettsmitglieder. Mit großer Entschiedenheit erklärte Dr. Stresemann, daß die Außenpolitik, die von der Londoner Konferenz über die Befreiung der Ruhr- und des Saartals, sowie der ersten Zone nach Locarno und Genf geführt habe, unbedingt fortgesetzt werde, auch wenn es dem oder jenem nicht gefalle. Dr. Stresemann gab seinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck, daß die nationalen Verbände das Beste von sich abwerfen, wenn sie in den Parteilampf eintreten. Es ist keine Mächtigung, sondern hohe Achtung vor den hohen Aufgaben der nationalen Verbände, wenn ich Sie warne, in die Parteipolitik einzugreifen.

Rußland will wieder verhandeln.

Es ersucht Frankreich um Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen.

Paris, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Ein hiesiges Blatt meldet, daß die russische Regierung mit dem Quai d'Orsay wieder Wiederaufnahme der seit dem Frühjahr unterbrochenen französisch-russischen Verhandlungen in Aussicht genommen hat. Dieser Schritt hängt offenbar mit der für Mitte Dezember erwarteten Ankunft des neuen Sowjetbotschafters in Paris zusammen. Die damaligen Verhandlungen galten der Regelung der russischen Postkriegsschuld und vor allem dem russischen Wunsch nach einem größeren französischen Kredit.

Süßliche Koalitionsfreunde!

Neuer Streit zwischen Zentrum und Volkspartei über das Schulgesetz.

Berlin, 19. November. (Eig. Bericht.) Bei der Beratung des Reichsschulgesetzentwurfs im Bildungsausschuß des Reichstages stimmen die Klodpartei alle Anträge der Opposition nieder. Die Einigkeit der Koalition scheint also nach jeder Richtung gewahrt. Aufserhalb des Reichstages aber sehen sich die beteiligten Parteien recht häufig auseinander. In der national-liberalen Korrespondenz macht der Volksparteiler Dr. Kuntel den deutschnationalen heftige Vorwürfe darüber, daß sie durch Stimmenthaltung den sozialistischen Antrag zu Fall brachten, wonach auch die „Gemeinschaftsschule“ als „christliche“ gelten sollte. Kuntel ist ordentlich stolz darauf, daß er und die Seinen auch nach die Gemeinschafts- oder Simultanlehre zur christlichen Zwangsschule machen wollten, trotzdem Kinder der Freidenker, der Juden und der christlichen Seiten sie befehlen wollten. Bei den deutschnationalen einmütigen Stimmen der Abgeordneten die Zustimmung zum Verträglichungsgesetz nicht zugehen lassen, deswegen ist der sozialistische Parteiführer in der Öffentlichkeit über sie entsetzt. Über das Zentrum ist er weniger mit Herrn Kuntel und den Seinen zufrieden. Der parlamentarische Dienst der Zentrumspartei wird aus parlamentarischen Kreisen eine Zustimmung der Volkspartei sehr hart ins Gesicht geschlagen. Es geht viele parlamentarische Kreise in Erfahrung, daß Kuntel bezweigt, den süßlichen Einmütigen als verfallenen zu bezeichnen.

„Wenn dies wirklich die Meinung des Herrn Kuntel ist, dann wäre also eine qualifizierte Mehrheit nötig, er weiß ganz genau, daß sie nie zu erbringen ist, daß also damit das Scheitern des Gesetzes gekommen wäre. Will er das jetzt schon deutlich machen? Dann hätten ja die weiteren Verhandlungen keinen Sinn!“

Wenn ausgerechnet die an der Koalition beteiligte Volkspartei — so sagt der Zentrumsdienst weiter — jetzt mit solchen Bedenken kommen, so müsse das zu der Meinung verleiten, diese Bedenken kämen nicht ohne Absicht. Gegen solche Absicht aber kündigt diese parlamentarische Zukunft in dürren Worten den Bruch der Koalition an für den Fall, daß die Volkspartei sich nicht bessere. Einsteilen steht sie unter Koalitions-Polizeiaufsicht. Man darf neugierig sein, wie sie sich dieser Schlinge entwindet!

Der Korruptionsstand in Prag

Bestechungsgelder an einen agrarischen Abgeordneten.

Prag, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Dieser Tage hat der tschechische sozialdemokratische Abgeordnete Kemes im Budgetauschuß des Abgeordnetenhauses gegen den tschechischen Agrarier Dubicky den Vorwurf erhoben, bei der Vergabung und Vermittlung von sogenannten Restgütern der Bodenreform Geschäfte gemacht und Bestechungsgelder nicht nur angenommen, sondern geradezu erprecht zu haben. Kemes führte Daten für seine Behauptung an und machte sich erbotig, sie durch notariell beglaubigte Zeugenaussagen zu belegen. Dubicky bestritt natürlich, Geld für seine persönlichen Zwecke angenommen zu haben. Inzwischen hat Kemes jedoch die angeforderten Dokumente vorgelegt und die Beschaffung weiterer Beweise in Aussicht gestellt. Es lautet daher in den Blättern die Vermutung auf, daß es sich nicht um persönliche Korruption Dubicky, sondern um Geschäfte der agrarischen Partei handelt, so daß Dubicky sich zunächst mit der Ausrede helfen kann, er persönlich habe kein Geld erhalten. Auf jeden Fall bietet die Affäre einen Einblick in die Machinationen des Bodenantrages, das von den oppositionellen Parteien schon seit Jahren als eine Brutstätte der Protektions-Wirtschaft bezeichnet wird.

Das Bodenantrag soll im Sinne der Verfassung eine parlamentarische Körperschaft sein, ist jedoch seit 1919 nicht mehr gewählt worden und stand bisher tatsächlich außerhalb jeder Kontrolle, als souveräne Macht im demokratischen Staat. Diesen nicht verfassungsmäßigen Zustand hat vor allem die deutsche Sozialdemokratie seit je als unhaltbar bezeichnet. Ob die Affäre Dubicky die Regierungsmehrheit zur Abstellung der Mißbräuche und zur Neuwahl des Bodenantrages als parlamentarischer Körperschaft veranlassen wird, läßt sich noch nicht sagen. Vorläufig scheint es, als ob die Regierung und vor allem die agrarische Partei die Sache möglichst pervertieren wollen. So hat das von den Agrariern beherrschte Parlamentspräsidium dem Abgeordneten Dubicky jetzt z. B. eine Frist von dreißig Tagen gesetzt, innerhalb derer er sich rechtfertigen soll. Dieser ungewöhnliche Vorgang hat natürlich nur den Zweck, die Affäre auf die lange Bank zu schieben und der Agrarpartei die Möglichkeit zu geben, durch Einlegung ihres gesamten Apparates (sie beherrschen heute fast alle staatlichen Ämter und die Justiz) die Affäre ins „Reine“ zu bringen.

Die Nationalsozialisten als Falschmünzer.

Zu den Fälschungen russischer Banknoten.

Berlin, 21. November. Wie eine Korrespondenz mitteilt, betreffen die in Deutschland angestellten Nachforschungen über die Fälschungen russischer Banknoten vor allem auch einen Ingenieur Beck aus München, der als Vertrauensmann einen großen Posten des falschen Geldes auf dem Balkan unterbringen und außerdem mit Anhängern der tschechischen Freiheitsbewegung

auf dem Balkan und mit gewissen mit dieser Bewegung sympathisierenden Kreisen in der Türkei Fühlung nehmen sollte. Beck ist flüchtig und hält sich vermutlich im Ausland auf. Nach der gleichen Quelle verlautet, daß die Beziehungen der Kaufleute zu Münchener Kreisen nicht einheitlich gewesen sind. Die Fäden gingen sowohl in das nationalsozialistische Lager als auch zu einer anderen gemäßigten bekannten Gruppe. Aber die Art, wie man diese tschechische Freiheitsbewegung unterstützen und eventuell für deutsche politische Zwecke nutzbar machen sollte, herrschte zwischen diesen beiden Münchener Richtungen keine Einigkeit. Unter anderem hat die gemäßigte Gruppe jede Mitwirkung an Fälschungen und sonstigen strafbaren Handlungen abgelehnt. Im Gegensatz zu den Nationalsozialisten suchte sie auch unter Übergehung der von Paris nach München entsandten Bevollmächtigten unmittelbare Verbindung mit dem Pariser Komitee der Kaufleute. Die Münchener Volkspartei ist gegenwärtig bemüht, den Kreis der Personen aufzudecken, die über die Tätigkeit Sabathieraschwilis unterrichtet waren.

Die Faschisten fingieren Komplotte.

Wie man unbequame Gegner von der Verbannung in den Keifer bringt.

Auf der Verbannunginsel Ustica wurden kürzlich drei suspekt Gestalten als angeblich politisch Verbannte eingewiesen, die sich alsbald an die wirklichen politischen Deportierten heranmachen und ihnen vorzuschlagen, den Kommandanten zu vergiften und alsbald mit einem Motorboot das Weite zu suchen. Obwohl die Verbannten sofort erkannten, wozu es sich handelte und sich vollständig ablehnend verhielten, wurden doch wenige Tage darauf 40 der bekanntesten inländischen Politiker wegen dieses „Komplottes“ verurteilt und schwer gefesselt nach Messina transportiert. Unter den Verhafteten befinden sich eine Reihe bekannter Führer aus der Freien Gewerkschaftsbewegung wie Schiavella, Jabbri, Bentivoglio und der Bürgermeister des durch seinen heldenmütigen Widerstand berühmten Dorfes Molinella, Genosse Massarenti sowie einige bekannte kommunistische Führer. Der das Lokales-Blaetter führende Agent ist ein gewisser Canova, der aus Frankreich wegen ähnlicher unlauberer Taten abgehoben wurde.

Französische Kommunisten vor dem Berufungsgericht.

Beträchtliche Herabsetzung der Strafen.

Paris, 22. November. (Eigener Zentrbericht.)

Vor dem Pariser Appellations-Gerichtshof fanden am Montag mehrere Berufungsverhandlungen von kommunistischen Abgeordneten und Redaktoren statt, die vor einiger Zeit zu hohen Strafen verurteilt worden waren. Der Hauptteil war der des Abgeordneten Duclos, der wegen sechs Artikeln über China zu 30 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. In der Berufungsinstantz wurde die Strafe auf drei Jahre ermäßigt. Der Abgeordnete Martin erhielt statt zehn nur zwei Jahre Gefängnis. Auch in den übrigen Fällen wurden die Strafen ähnlich ermäßigt.

Der Handel zwischen Zentrum und Bayerischen Volkspartei.

München, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Arbeitervereinigung von Zentrum und Bayerischer Volkspartei ist durch eine am Sonnabend in Regensburg abgehaltene Sitzung der sogenannten Verständigungskommission weiter gefördert worden. Das Ergebnis der vertraulich geführten Konferenz läuft, wie wir erfahren, darauf hinaus, zwischen den beiden Fraktionen des Reichstages eine Arbeitsgemeinschaft herzustellen und den Wahlgang im Jahre 1928 nicht gegeneinander, sondern gemeinsam zu führen. Durch die Arbeitsgemeinschaft soll die Selbständigkeit dieser beiden Fraktionen nicht berührt werden.

Dieses Ergebnis soll nunmehr der endgültigen Entscheidung der zuständigen Parteinstanzen unterliegen. Mit einer beiderseitigen Zustimmung ist bestimmt zu rechnen.



Durchs Opernglas...

Wenn der Vorhang sich niedersenkt, wenn der Beifall verrauscht ist, gleitet in der Pause das Glas suchend über die Logen und Sitzreihen. Da und dort bleibt der Blick auf einer Gruppe schöner Frauen haften, deren Erscheinung entzückt. Das sind die Frauen, denen „4711“ den Reiz untadeliger Gepflegtheit und bezaubernder Frische verleiht.

4711 Kölnisch Wasser

Die „Frauenwelt“ des Frauen zum Lesen, Denken, und Schmecken

Frauenwelt

Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pf.

Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern.

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2
Fierstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druckarbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in einer mehrfarbigen Ausführung bei preiswerter Berechnung und schnellster Uebernahme.

3333333333

Massenaufgaben

(Rotationsdruck)

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 22. November.

Von Ehe und Religion.

Mit dem sogenannten Glauben nehmen es die Breslauer nicht sehr genau. Das zeigt sich besonders bei der Verheiratung.

Von 2436 evangelischen Männern heirateten 1760 evangelische, 667 katholische und 9 jüdische Frauen.

Die Neigung zu Mischehen erscheint bei den Katholiken besonders groß, denn wie von 1407 katholischen Männern nur 733 eine katholische Frau geheiratet haben, so von 1361 katholischen Frauen auch nur 733 einen katholischen Mann.

Bei den Evangelischen ist es nur scheinbar etwas anders. Weil die Breslauer in ihrer Mehrzahl evangelisch sind, fügt es der Zufall natürlich viel häufiger, daß hier die Paare in konfessioneller Hinsicht „zu einander passen“.

Den strenggläubigen Kirchentreuen sind die vielen Mischehen natürlich ein Grauel. Wir selbst erleben darin nur den erfreulichen Beweis, daß die Menschen immer stärker ihren gesunden natürlichen Neigungen folgen und die konfessionellen Scheidewände beiseiteschieben.

Die Großmarkthalle und die Schankwirtschaften.

Solange der Frühmarkt am Ringe abgehalten wurde, gab es in den anliegenden Nebenstraßen eine Reihe Gastwirtschaften, die fast lediglich durch die Besucher des Frühmarktes ihre Existenz hatten.

In der gleichen Sitzung des Stadtausschusses wurde auch dem Inhaber von „Kessels Weinstuben“, Alois Grundmann, Schuhstraße 79/80, für seine im Hause befindliche Frühmarktstube, die Konzession zum Ausschank von Bier erteilt.

Antrag abgelehnt. Dem gleichen Antrag, der von dem Inhaber von „Baudach's Festhalle“ auf der Frankfurter Straße vorlag, wurde jedoch stattgegeben, da in der dortigen Gegend eine Singpielhalle nicht vorhanden ist.

Die Polizeibeamten

sind, wie leider fast alle Beamten, noch immer in zwei Gruppen gespalten. Die eine Gruppe stellt sich vollkommen auf den Boden der modernen Gewerkschaftsbewegung, während die andere die politische Neutralität dadurch am besten zu wahren glaubt, daß man im Deutschen Beamtenbunde mit den rechtsgerichteten Beamten zusammenlebt.

Der Schrader-Verband lebt heute in einem Streit mit dem preussischen Innenminister, Genossen Graesinski, der mit der Befehlsordnung zusammenhängt. Der Minister wirft dem Schrader-Verband vor, daß er in seinem Verbandsblatte, der „Preussischen Polizeibeamtenzeitung“ eine Schreibweise führt, die im Widerspruch steht mit seiner Haltung gegenüber den ministeriellen Sachbearbeitern.

Zur Angestelltenversicherungswahl.

Um die Stimmen der Angestellten für die Vertreterwahl zur Angestelltenversicherung wird hart gerungen. Die sogenannten Harmonieverbände, Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband, Gewerkschaftsbund der Angestellten und Verband weiblicher Angestellter haben einen umfassenden Verleumdungskrieg gegen den VfABund!



Der Filmbortrag des Arbeiterbildungsausschusses

Unsere Zeit steht im Zeichen des Buchdrucks. Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Bild- und Karikaturen gehören zu den Gegenständen des täglichen Bedarfs.

„Geist und Maschine“

vom Manuskript zum fertigen Buch, der auf Veranlassung des Arbeiter-Bildungsausschusses am Mittwoch, den 23. November, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses durchgeführt wird.

Der Film zeigt die Anlage eines Manuskriptes, die Arbeiten eines großen Verlagsshauses und die technischen Betriebe. Überall werden die einzelnen Arbeitsgänge eingehend geschildert und meisterhafte Erfindungen greifen ein, wo irgend etwas nicht ohne weiteres verständlich ist.



Angestelltenversicherungswahl.

Die Wahl der Vertrauensleute zur Angestelltenversicherung findet für Breslau-Stadt Sonntag, den 27. November von 9 bis 18 Uhr statt.

- 1. Stimmbezirk, Polizeireviere 1, 2 und 3; Steuerklasse I, Mühlentplatz 6/7;
2. Stimmbezirk, Polizeireviere 6, 7 und 8; Steuerklasse II, Matthiasstraße 14;
3. Stimmbezirk, Polizeireviere 10, 11 und 27; Volksschulhaus Matthiasstraße 112, Zimmer 1, Erdgesch.;
4. Stimmbezirk, Polizeireviere 9 und 12; Steuerklasse IV, Tiergartenstraße 1;
5. Stimmbezirk, Polizeireviere 14, 17, 18 und 19; Steuerklasse VI, Gustav-Freytag-Straße 15;
6. Stimmbezirk, Polizeireviere 4, 5 und 22; Steuerklasse VII, Gartenstraße 3;
7. Stimmbezirk, Polizeireviere 16 und 20; Steuerklasse IX, Hohenzollernstraße 19;
8. Stimmbezirk, Polizeireviere 21 und 26; Volksschulhaus Nordstraße 57/59, Zimmer 10, Erdgesch., Eingang I des Vorderhauses;
9. Stimmbezirk, Polizeireviere 24 und 28; Steuerklasse XI, Friedrich-Wilhelm-Straße 101;
10. Stimmbezirk, Polizeirevier 25; Volksschulhaus Krüschkestraße 3/5, Zimmer 3, Erdgesch.;
11. Stimmbezirk, Polizeirevier 23; Volksschulhaus Willmannstraße 4/6, Zimmer 2, Erdgesch.;
12. Stimmbezirk, Polizeireviere 13 und 15; Volksschulhaus Osener Straße 56/58, Zimmer 61.

- Die kaufmännischen und Büroangestellten
Liste B des Zentralverbandes der Angestellten (Vfa).
Die Wertmeister
Liste D Wertmeisterliste (Vfa).
Alle technischen Angestellten
Liste H Technikerliste (Vfa).
Alle sonstigen Angestellten
Liste C Ausbau (Vfa).

Was man zur Wahl wissen muß?

Wahlberechtigt ist jeder am Wahltag 21 Jahre alt; deutsche Staatsangehörige, welcher der Angestelltenversicherung angehört, auch wenn er zurzeit stellunglos ist, wenn er nur in den letzten zwölf Monaten Beitrag geleistet hat.

Wahlkreis ist die Versicherungskarte, ohne die niemand zur Wahl zugelassen wird. Sie muß also vom Arbeitgeber einige Tage vor der Wahl angefordert werden.

Wahllokale sind nicht aufgestellt. Die Wähler werden vielmehr erst wenn sie zur Abstimmung erscheinen, in eine Abstimmungsliste eingetragen.

Das Wahlrecht kann nur vom Wahlberechtigten selbst ausgeübt werden. Stellvertretung ist unzulässig. Gewählt wird in dem Abstimmungsbezirk, in dem sich die Wohnung des Wahlberechtigten befindet. Die Abstimmungsbezirke sind nach Polizeireviere gegliedert.

Bei Wohnungswechsel in den letzten zwei Jahren ist darauf zu achten, ob die neue Wohnung schon auf der Versicherungskarte steht. Ist das nicht der Fall, dann muß dennoch in dem Stimmbezirk gewählt werden, in dem die neue Wohnung liegt.

Die Wahl ist geheim, das heißt, die Stimmzettel werden in einem Umschlag abgegeben. Abänderungen, Streichungen und Unterschriften auf dem Stimmzettel machen ihn ungültig.

Wer am Wahltag auf Reisen ist, kann seine Versicherungskarte bei dem Wahlleiter hinterlegen. Er erhält dann eine Bescheinigung, die er mit einem Stimmzettel dem Wahlamt seines Wahlbezirks einreichen kann.

Der am Wahltag auf Reisen ist, kann seine Versicherungskarte bei dem Wahlleiter hinterlegen. Er erhält dann eine Bescheinigung, die er mit einem Stimmzettel dem Wahlamt seines Wahlbezirks einreichen kann.

Theater und Musik.

Stadt-Theater.

„Barfisch“, Gastspiel.

Auch in diesem Jahre wird das „Bühnenweisschenspiel“ in der Inszenierung von König bewundert können. Da Andrius den Gurnemanz auch bei den Bayreuther Festspielen sang, ist sowohl die Vertiefung wie die Deklamation traditionell orientiert.

Erfreulich nahm sich das Gastspiel des Dresdener Staatsoper-Mitgliedes Ivan Andrius an, dessen Vokal wir bereits kürzlich als „Lohengrin“-König bewundern konnten.

Erfreulich nahm sich das Gastspiel des Dresdener Staatsoper-Mitgliedes Ivan Andrius an, dessen Vokal wir bereits kürzlich als „Lohengrin“-König bewundern konnten.

Unkel sang wieder die Titelpartie, Kubow den leidenden Amfortas. Glorreich den teuflischen Klinglor, der Chor trug durch feingegliederte Leistungen zur Vertiefung des Gesamteindrucks wesentlich bei.

Ueber die Grundlagen der Gemeinschafts-Erziehung

sprach am Sonnabend, den 19. November, abends 8 Uhr, Dr. Fritz Klatt (Pretow) im Hörsaal 1 der Universität in einer Verlesung, die von dem „Amt für Gastvorlesungen“ der Breslauer Studentenschaft einberufen worden war.

jedoch durch den Gemeinschaftsgeist gezügelt und in Schranken gehalten wurden. Dieser neue Geist, der bereits in Tanz, Spiel und Musik sichtbar wurde und sogar allmählich in das wissenschaftliche Denken Eingang finde, brüde auch dem Erziehungsweisen ein neuartiges Gepräge aufzulegen, als auch hier die Sondererzogenheit isolierter Schultypen in steigendem Maße durch die Zusammenfassung der einzelnen Schularbeiten zu organisch gegliedert Einheit des gesamten Schulwesens verdrängt werde.

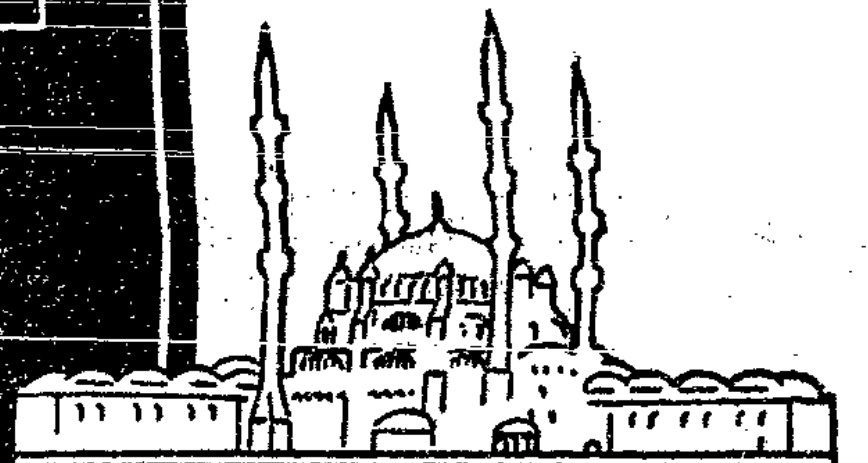
Die stark subjektive Färbung, die der Vortragende seinen Darlegungen gab, ließ mehrfach begriffliche Schwere erkennen und gab wiederholt zu schmerzlichen methodischen Bedenken Anlaß.

Das ideale Sarsin Abfuhr-Konfekt



Die
NOUVEAU
RARITÄT
IM ORIENT-FACON

*In moderner blauer Packung
Verbildlich in der Qualität
Ein neuer Beweis
für unsere Überlegenheit.
Es liegt am Tabak
Darum sind Halpaus Cigaretten
besonders gut.*



DER ORIENT

ist das bevorzugte Ursprungsland edler Tabake. Mit natürlichem Kennerblick unterscheidet der Orientale die verschiedenen Tabaksorten und ist ein Meister in der richtigen Zusammenstellung etwa 80 verschiedener Arten zu einer abgerundeten Mischung. Umfangreichen Versuchen in dieser Hinsicht und enger Anlehnung an dieses beinahe klassisch zu nennende Vorbild verdankt die neue Rarität im Orient-Fasson ihre weiche mild-aromatische Qualität.

Bitte probieren Sie

RARITÄT
IM ORIENT-FACON

4 Pfg.

ARNAUD

Konferenz der Gewerkschaften Schlesiens.

Ein Tag der Aussprache über die großen Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft.

Ueber den Stand der großen wirtschaftlichen Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft eingehend zu unterrichten, hatte in dankenswerter Weise die Bezirksleitung der Gewerkschaften Schlesiens unternommen, als sie für gestern im Breslauer Gewerkschaftshaus eine Konferenz einberief, auf der die Genossen Thiele-Waldenburg für die Genossenschaftsbewegung, Leisch-Hamburg für die Volksfürsorge, Rasch-Breslau für die Arbeiterbank und Voigt-Breslau für die Bauhüttenbewegung referierten. Außerdem war für das dem UDSZ eigene Lindecar-Fahrradwerk ein Vertreter der Direktion und der Genosse Riebergall von der Verlagsgesellschaft des UDSZ erschienen, um über die Entwicklung dieses Betriebes Aufschluß zu geben.

An die erläuternden Ausführungen, mit denen Genosse Wierlich bei Beginn die inneren Werte dieser Konferenz aufzeigte, schloß sich das Referat des Genossen Thiele über den

Stand der Genossenschaftsbewegung.

Nach einem kurzen Hinweis auf die Rückschlüsse, die der Ausbruch des Krieges der Konsumvereinsbewegung in dessen ersten Stadien brachte, bemerkt er die Ueberlegenheit der Organisationsform im Genossenschaftswesen gegenüber der Privatwirtschaft, die besonders während der langen Kriegsjahre außerordentlich in Erscheinung trat und Anerkennung fand. Freilich drehte sich in der Nachkriegszeit dieses Verhältnis. Die Konsumgenossenschaften wurden als eine lästige und fühlbare wirtschaftliche Selbsthilfeeinrichtung der Bevölkerung wieder hintangeworfen. Auch mit der Mitgliederbewegung ging es ähnlich. Die schlimmen Jahre der Inflation brachten einen riesigen Zustrom an Mitgliedern in die Konsumgenossenschaften. Als die Zeit der Warenknappheit vorüber war und stabile Verhältnisse Platz griffen, kehrten diese unglücklichen Massen der Konsumgenossenschaft wieder den Rücken. Die Schwierigkeiten des Wiederaufbaus nach der Inflation überstieg man denen, die mit der Bewegung verfahren waren. Aber nicht allein die Umstellung der Wirtschaft bereitete uns Sorgen. Die größten Schwierigkeiten bereitete der Mangel an Verkapital. Es gelang dennoch dieser Schwierigkeiten Herr zu werden. Heute sind über 90 Prozent unserer Genossenschaften über die Kapitalnot hinweg. Die Spareinlagen sind ständig gewachsen. Während heute die Privatunternehmungen den öffentlichen Kapitalmarkt in Anspruch nehmen müssen, sind wir völlig unabhängig. Neue, große Eigenbetriebe konnten ins Leben gerufen werden. Ueber das Wachstum der Genossenschaften berichten folgende Zahlen: 1926 betrug der Umsatz 294 Millionen Mark, 1927 dürfte er die Höhe von 360 Millionen Mark erreichen. Von diesem Umsatz wurden 17 Prozent der Produkte in eigenen Betrieben hergestellt.

Der Zustand an Spareinlagen ist so stark, daß der Gedanke einer genossenschaftlichen Hypothekenbank ernsthaft erwogen wird.

Wie steht die Konsumgenossenschaftsbewegung in Schlesien aus? In Niederschlesien besteht eine starke Zersplitterung der Konsumvereine. (Nicht zuletzt durch die Inflation, die Tausender von Arbeitern, die den Weg nicht zu eigenen Organisationen finden. Siehe Breslau und Götzl. Red.) In Oberschlesien fehlt fast jeder Anhalt zur Genossenschaftsbewegung. Nach sieben Jahren harter Arbeit bestehen 9 Vereine, deren Umsätze 1927 bis zum dritten Quartal 460 000 Mark erreichten. Es ist ohne energische Hilfe der Gewerkschaften unmöglich, in Oberschlesien vorwärts zu kommen. Die Bareinlagen für Schlesien betragen 6 600 000 Mark. Eigene Schatzkammern werden bis zur Stunde in Schlesien nicht betrieben. Die Bedeutsamkeit großer genossenschaftlicher Organisationsformen bewies der Redner im folgenden an der Gegenüberstellung von großen Eigenbetrieben auf der einen sowie Synthesen und Trusts auf der anderen Seite. Wie stark diese starken privaten Kampfbünde unter Druck gesetzt werden können, zeigt das Vorhandensein unserer Zündholzfabriken, die gegenüber dem Zündholzsyndikat eine achtunggebietende Stellung einnehmen. Beht nicht auch der augenblickliche Kampf der deutschen Zigarrenarbeiter, daß noch vieles zu tun bleibt? Wäre die GGG in die Lage gesetzt, anstatt mit 1000 mit 15 000 Zigarrenarbeitern zu produzieren, dann wäre es für die Zigarrenfabrikanten ein gewagtes Unternehmen, im Angesicht einer solchen genossenschaftlichen Konkurrenz den Arbeitern einen herartigen Kampf aufzuzwingen. Dieser Fall ist ein Schulbeispiel für die Möglichkeiten des erfolgreichen Kampfs der organisierten Verbraucher gegen das Privatkapital.

Das Problem zu lösen, ist nicht allzu schwer, wenn es an gutem Willen und an den letzten Erkenntnissen darüber nicht gebricht. Wir wollen und müssen in die Privatwirtschaft eindringen und sie überwinden. Mit Hilfe der genossenschaftlich organisierten Masse wird dies möglich sein.

In die Aufgaben der

Volksfürsorge

einzuführen hatte Genosse Leisch-Hamburg übernommen. Er gab ein geschichtlich getreues Bild ihrer ersten, über 15 Jahre zurückreichenden Anfänge, die unter größten Erismühen litten und auf das heftigste bekämpft wurden. Als 1912 der Reichstag über die Gründung eines Versicherungsunternehmens zur Tat wurde, war es vornehmlich Rapp, der sich den Kampf gegen uns zur vornehmlichen Aufgabe machte. Von Gewerkschaften und Genossenschaften gestützt, konnten wir uns behaupten. Aber das Bestehen, was auf eigene Füße zu stellen, unterband der inzwischen ausgebrochene Krieg. Mühsam wurde er durchgehalten. Verheerend jedoch wirkten die Jahre der Inflation. Nur unter den größten Schwierigkeiten und mit Hilfe der spezialisierten Gewerkschaften gelang es, die Situation zu weichern. 1923 war das Unternehmen dann über die größten Schwierigkeiten hinweg. Dann erfolgte die Umstellung. 340 000 Versicherte wurden in die neuen Verhältnisse mit übernommen. Schon 1924 gelang es, einen günstigen Abschluß zu erzielen.

An der Hand eines umfangreichen Zahlenmaterials zeigte der Vortragende die glänzende Aufwärtsbewegung der Volksfürsorge, die als ein wichtiger Faktor der Arbeiterbewegung die Möglichkeiten ihrer Entwicklung noch nicht ausgeschöpft erreicht. Noch in diesen Jahren werde es gelingen, die erste Million unserer Versicherten zu meistern.

Schlesien habe mit 153 000 Mitgliedern unserer Versicherungsgesellschaft an erster Stelle unter allen Provinzen des Reiches.

Schlesien strebe mit großer Energie danach, diesen Platz gleichfalls einzunehmen. Die untergeordneten Vorteile der Volksfürsorge als Versicherung des, für den Arbeiter eigentlich immer gefährlichen Lebens sind gegenüber den Versicherungen anderer Art so offensichtlich, daß kein für seine Zukunft bedauerlicher Arbeiter mehr an ihr vorbeigeht. Dennoch gebe es noch Millionen von Arbeitern, Angehörigen und Verwandten, die unter sehr ungünstigen Bedingungen gegenwärtigen Versicherungen unterworfen ihre Beiträge leisten. Diese Millionen haben bei der Volksfürsorge überhaupt noch nicht gefunden. Diese ungeheure Masse muß für die Volksfürsorge gewonnen werden. Nur wir nur können wir zu dieser Arbeit die Hilfe der Gewerkschaften erlangen, deren Mitgliederbestand allein noch gewaltige Verhältnisse der Volksfürsorge ermöglicht. Bis hierher, so werden auch in Zukunft die Funktionen der Gewerkschaften keine Gelegenheiten vorübergehen lassen, um auf das eigene Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft in ausbreitendem Sinne hinzuwirken. Noch sind die wesentlichen Unterschiede zwischen den Privatversicherungen und der Volksfürsorge nicht genügend bekannt. Nicht bekannt ist noch, daß die der Volksfürsorge eingetragenen Beiträge den Versicherten bei Krankheit der Weiterleistung von Beiträgen nicht verloren gehen, sondern nach Ablauf der

Versicherungsrück wieder zurückgezahlt werden. Wenig bekannt ist auch, daß die Volksfürsorge aus ihrem Kapitalbestand den organisierten Einrichtungen der Arbeiterschaft bei Bedarf und Sicherheit der Mittelstellung finanzielle Unterstützung gewährt. Vor allem aber gelte es, der arbeitenden Bevölkerung klar zu machen, daß die Volksfürsorge allein die Versicherungsgesellschaft der Arbeiter ist, die keine Beiträge gewissenhaft verwaltet und ihn am Gewinn beteiligt. Diese gegenüber den Privatversicherungen sehr wesentlichen Unterschiede neben den vielen idealen Momenten genügend herauszuheben, muß bei der Agitationsaufgabe unserer Funktionäre sein, um dem Versicherungsunternehmen der Arbeiterschaft eine überragende Stellung zu verschaffen.

Ueber

die Entwicklung der Bauhüttenbetriebe

sprach Genosse Voigt: Die Konsumgenossenschaften, Arbeiterbank wie auch die Volksfürsorge sind — so führte er aus — Organisationen, die im Bewußtsein der organisierten und Klassenbewußten Arbeiter bereits stark verankert und in ihrer Befestigung vollkommen klar erkannt sind. Nicht so ganz ist die Bauhüttenbewegung in ihrer überaus großen Bedeutsamkeit erkannt und der soziale als auch wirtschaftliche Wert wird von großen Teilen der Bevölkerung auch in der Arbeiterschaft noch nicht in verdientem Maße gewürdigt.

So wie den Konsumgenossenschaften die Aufgabe zufällt, unsere Volksgenossen mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Kleidung zu versorgen, so ist es Aufgabe der Bauhütten, mit der Erhaltung von Wohnungen zu erträglichen Gestehungskosten und Mietpreisen der arbeitenden Bevölkerung die Möglichkeit menschenwürdiges Wohnens zu verschaffen. Dies um so mehr, als wir bis heute keine Wirtschaft besitzen, die reibungslos funktioniert und die Voraussetzungen zu einer friedlichen Arbeitsentwicklung in keiner Weise erfüllt. Diese Zustände wollen wir abändern. Vier Bauhütten haben uns die Aufgabe gestellt, den Bedarf an Wohnungen zu decken. Dabei sind wir nur ausführende Organe. Auftragsgeber sind für uns die Bau-genossenschaften, die Kommunen und auch die private Hand. Träger der Bauhütten sind die Gewerkschaften, die als Spitzenorganisation den „Verband der sozialen Baubetriebe“ gründeten, dem, das sei ausdrücklich festgestellt, Privatpersonen als Gesellschafter nicht angehören können.

Die Bauhütten hatten seit der Zeit ihrer Entwicklung mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen, die nur durch harte Arbeit zu meistern gewesen sind. Der Kampf der Arbeitgeberverbände gegen die Bauhütten war ein beherrschendes Kapitel aus der Menge jener Hemmnisse, denen sich die Bauhütten auch noch heute gegenüber sehen. Erkennen doch die Privatunternehmer ganz richtig in der Bauhüttenbewegung den Beginn jener Gemeinwirtschaft, die wir erstreben. Die Bauhütten haben aus der Zeit ihrer frühesten Entwicklung heraus die Schwierigkeiten der Finanzierung glücklich überwunden und befinden sich wirtschaftlich in einer erfreulich aufwärtssteigenden Linie. So hatten sie im Jahre 1924 einen Umsatz von 41 Millionen Mark. Zwei Jahre später gelang es, diesen Umsatz auf 80 Millionen Mark zu steigern. Für 1927 ist mit einem Umsatz von 130 Millionen Mark zu rechnen. Diese Zahlen sind unzweifelhafte Beweise für die Erfolge der Bauhüttenbewegung. Aber auch die Belegschaftsziffern zeigen den Gang der Entwicklung deutlich genug. 1925 beschäftigte der Verband sozialer Baubetriebe 14 000 Arbeiter. 1926 war die Zahl der Beschäftigten auf 16 000 gewachsen. 1927 erreichte sie die Höhe von 24 000 Köpfen. Gegenüber der einen Million im Hoch- und Tiefbau beschäftigten Arbeiter mögen die vorgenannten Zahlen klein anmuten. Nur war sich die verhältnismäßig junge Bauhüttenbewegung vor Augen führt, wird sie richtig zu werten wissen. 1926 besaß der Verband ein Eigenkapital von 3,2 Millionen Mark und eine Kapitalreserve von 1,4 Millionen Mark.

In Schlesien zählen wir 15 Betriebe der Bauhütten mit acht Filialen. Trotz teilweiser Verluste von 1926 ein Eigenkapital von 400 000 Mark, sowie eine Kapitalreserve von 320 000 Mark. Der Umsatz betrug im vorigen Jahre sieben Millionen Mark. 2400 Arbeiter wurden in Schlesien beschäftigt. In Breslau, Liegnitz, Grünberg, Waldenburg und Wohlau sind Eigenbetriebe im Gange. Sechs Millionen Ziegeln wurden im eigenen Betriebe hergestellt. Bis Jahreschluss wird die Bauhütte 3500 Wohnungen errichtet haben. Ihre Tätigkeit wirkt stark preisregulierend. Der Bauhüttenbetriebsverband arbeitet auch mit der Demag zusammen. Alle Baugenossenschaften der Arbeiterschaft müssen ihr angeschlossen werden. Mit dem Ausbau dieser Organisationen erschließen sie uns bedeutende Möglichkeiten der Entwicklung.

Die Bauhüttenbetriebe beschränken sich neuerdings nicht nur auf die Herstellung von Wohnungen sondern haben auch die Produktion solider preiswerter Möbel in Angriff genommen. In Liegnitz wurde damit der Anfang gemacht. Der Redner entwickelt ausführlich die weiteren Pläne der Bauhütten auf diesem Gebiet, bemerkt auf die Bürokratie, deren Ergebnisse für Rückwärtsentwicklung im Bereiche der Bauhütten herbeiführt, nur den gesamten

Organisations der Arbeiterschaft bezogen werden sollten. Wenn — so schließt er — bürgerliche Wirtschaftspolitik die Gewerkschaften und ihre verwandten Glieder als Staat im Staate bezeichnet, dann müssen sich die Gewerkschaften bemühen, der Staat selbst zu werden. Dann wird es ihnen möglich sein, alle unsere Einrichtungen so auszubauen, wie es das Wohl der Arbeiterschaft erfordert.

(Schluß folgt.)

Der 16. ordentliche Verbandstag der Maschinisten und Heizer

der am 20. November in Frankfurt a. M. eröffnet wurde, hat die Rednerung einer Jubiläumssitzung, da an dem gleichen Tage vor 35 Jahren der Zentralverband in Berlin gegründet wurde.

Im Geschäftsbericht, den der Vorsitzende des Verbandes, Klebe, erstattete, wird zunächst die Einwirkung der Umstellung in der Industrie auf die Entwicklung des Verbandes dargelegt. Bei der Errichtung von Großdampfmaschinen, der Zusammenlegung der Werke und anderer technischer Verbesserungen sei es sehr ein Wunder, daß der Verband noch 45 000 Mitglieder in der Hand behalten habe. Trotz aller Schwierigkeiten sei es in dem Verband gelungen, die Zahl der Mitglieder im Jahre 1924 auf 93 000 im Jahre 1927 erhöht werden konnte. Die Zahl der Tarifverträge habe 1924 insgesamt 198 betragen, heute befinden sich 355 Tarifverträge, an denen der Verband beteiligt sei. Die Tarifpolitik in den Elektrifizierungsarbeiten müsse mit großer Beachtung behandelt werden, denn die ganze Wirtschaft werde dabei in Mitleidenschaft gezogen. Die Kampfmethoden in den Werken, beruhend auf der Verordnung vom Jahre 1926, müßten endlich einmal geändert werden.

Aber ging dann auf eine Zusammenkunft der Vertreter der Maschinisten und Heizer. Sollte es einmal zur Vermehrung kommen, dann könne der Verband nur als Ganzes in eine große Organisation übergehen. Der Wiederabschluss des Kartellvertrages mit dem Metallarbeiterverband habe zu einem guten Zusammenarbeit geführt. Die Metallarbeiter und Maschinisten hätten den Breslauer Reichstag ebenfalls gehalten. Nach

einem Hinweis auf das Vorgehen der Arbeitgeber besprach Klebe die Bildung der Kampf- und Gefahrengemeinschaft der deutschen Industrie. Zum Zweck der Ueberwindung der Bildung einer gemeinsamen Streikliste zwischen dem Maschinenverband und dem Metallarbeiterverband vor. Der Gedanke, betonte Klebe, mag neu sein, aber es ist zweifellos ein großer Gedanke, wenn zwei innerlich gefestigte Organisationen in gemeinsamer Kampffront auftreten. Bei aller Hochachtung unserer beruflichen Interessen können wir eine Kampfgemeinschaft mit einer befreundeten Gewerkschaft aufnehmen. Keine sofortige Verschmelzung soll dies sein, aber ein noch engeres Zusammenarbeiten.

In der Aussprache gab Brandes vom Deutschen Metallarbeiter-Verband seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Schaffung eines guten Verhältnisses mit dem UDSZ allgemein anerkannt werden müsse. Die Konzentration in der Industrie bedinge eine solche innerlich der Verbände. Zu begrüßen sei die einheitliche Tarifpolitik in der Stromerzeugenden Industrie. Der Metallarbeiterverband sei bereit gemeinsam mit den Maschinisten eine einheitliche Tarifpolitik zu schaffen. Eine technische Zeitschrift wie die „Energie“ oder „Werkstoffe“ gemeinsam herauszugeben, sei ein guter Gedanke, dem der Vorstand des UDSZ sympathisch gegenüberstehe. Die Bildung eines gemeinschaftlichen Fonds nach Klebes Vorschlag sei ideal. Die Zeit der starken Gegenläufe gegenüber dem Unternehmertum mache einen solchen Fonds zur Notwendigkeit. Der Vorschlag sei jedoch sehr weitgehend und müsse von beiden Seiten in der nächsternsten Weise geprüft werden. Unmöglich erscheine der Vorschlag nicht. Ähnlich wie von den Rastenerverhältnissen des Verbandes der Maschinisten könne man auch von denen des Metallarbeiterverbandes in Kürze Gutes berichten.

Ein Antrag, dem Verbandsvorstand zu beauftragen, mit dem Vorstand des UDSZ in Verhandlungen zu treten, um die Gründung eines gemeinsamen Kampffonds und die gemeinsame Herausgabe der „Energie“ vorzubereiten, wurde einstimmig angenommen.

Die beiden einzigen kommunistischen Delegierten Seidel-Berlin und Müller-Neuselwitz anerkannten die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und waren mit dem Geschäftsbericht im großen und ganzen zufrieden. Sie begrüßten die Begründung eines gemeinsamen Streikfonds mit dem Metallarbeiterverband.

Teilstreit in der Schwerindustrie des Saargebietes.

Großer Kampf bevorstehend.

Saarbrücken, 22. November. (Eigener Fundbericht.) Nach Ablehnung des Schiedspruches in der Schwerindustrie des Saargebietes hat am Montag der Streik begonnen. Sowohl in den Köchlingischen Eisen- und Stahlwerken in Wöllingen als auch in der Burbacher Hütte haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiterschaft der übrigen Werke wird sich dem Streik anschließen. In Tage kommen 35 000 Arbeiter.

Ein Aktionsprogramm der französischen Beamten.

Paris, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Die französischen Beamten, die trotz eines vor zwei Jahren gestifteten monatlichen Streiks ihre soziale Situation bisher nicht zu verbessern vermochten, beschlossen jetzt auf ihrer Jahreshauptversammlung ein scharfes Aktionsprogramm. Sie fordern:

1. die Gewährung eines Minimalgehalts für alle Beamten-angehörigen, das ihnen ermöglichen soll, ein Heim zu gründen und ihre Kinder zu erziehen, 2. die Anerkennung der Gewerkschaften, die Einrichtung eines gleichen Status für alle Beamten, das Verhandlungsrecht mit den Direktionen über alle Veränderungen, 3. Sozialversicherung, Einhaltung des Acht und zehntages und Einführung von Pensionen.
- Schließlich gab die Versammlung ihre volle Zustimmung zu dem Programm und der Ratifizierung des französischen Gewerkschaftsbundes.

Streit in der Schwerindustrie des Saargebietes.

Saarbrücken, 21. November. Infolge der Ablehnung des Schiedspruches in der Schwerindustrie hat der Streik nunmehr begonnen. Heute früh legten die Arbeiter der Köchlingischen Eisen- und Stahlwerke in Wöllingen, Abteilung Hofhofen, die Arbeit nieder. Ebenso traten die Arbeiter der Blockstraße der Burbacher Hütte in den Ausstand. Man erwartet, daß die übrige Arbeiterschaft der Schwerindustrie im Saargebiet sich dem Streik anschließen wird. Es kommen 35 000 Arbeiter in Frage.

Die Unterstützung staatenfremder Arbeitsloser.

Ueber die Arbeitslosenunterstützung für Ausländer bringen die neuen Wertblätter des UDSZ, Arbeitsvermittlung und Arbeitslosen-Versicherung (Nr. 9/19) bemerkenswerte Angaben. Nach dem Gesetz deckt sich der Kreis der Beitragspflichtigen mit dem Kreis der Unterstühtungsberechtigten. Wer also während der vorgeschriebenen Anwartschaftszeit keine Beiträge geleistet hat und die übigen Voraussetzungen des Unterstühtungsanspruches nachweisen kann, hat den Rechtsanspruch auf Arbeitslosenunterstützung. Dieser Anspruch ist in Zukunft auch nicht mehr beschränkt, soweit es sich um Ausländer handelt. Bisher war der Ausländer nur insoweit unterstützungsberechtigt, als für sein Heimatland die Gegenleistung anerkannt war. Die vielfach mißverstandene Bestimmung im § 207 bezieht sich ausschließlich auf die Fälle, in denen die versicherungspflichtige Beschäftigung im Auslande ausgeübt worden ist. Auch eine im Auslande ausgeübte und dort versicherungspflichtige Beschäftigung kann nach § 207 gegebenenfalls eine Anwartschaftszeit auf die Leistungen der deutschen Versicherung begründen. Das im § 211 vorgesehene Vergeltungsrecht setzt voraus, daß der betreffende ausländische Staat vorher durch Verlegung der Rechte deutscher Staatsangehöriger Veranlassung zur Vergeltung gegeben hat, zum Beispiel Deutschen auf seinem Gebiet Arbeitslosenunterstützung unberechtigt vorenthält. Ein solches Vergeltungsrecht ist bisher noch nicht zur Anwendung gekommen.

Der Deutsche Bauwerksbund zählte am Schluß des dritten

Vierteljahres 404 742 Mitglieder. Dies sind — wohl verstanden — 404 742 beitragspflichtige Mitglieder. Mit dem vom Beitrag befreiten Kollegen zählte der Verband am Schluß des dritten Vierteljahres 411 285 Mitglieder. Dieser organisatorische Aufstieg darf alle Bundesmitglieder und jeden freien Gewerkschafter mit Freude erfüllen. In drei Vierteljahren den Stand der zahlenden Mitglieder um 65 583 zu steigern, von 339 159 auf 404 742, das ist eine Leistung, auf die der Verband stolz sein kann. Dieser Erfolg ist der rastlosen Kleinarbeit am Bau, in der Werkstatt und im gesellschaftlichen Verkehr, vor allem jenen zahlreichen Pionieren des Bauwerksbundes, Tausenden von ungenannten und unbekanntem Bauarbeitern, zu danken, die unerbitterlich am Aufbau und Ausbau des Bundes tätig sind. Dank den Braven!

Der Streit der 2000 Braunschweiger Metallarbeiter ist beendet. Durch Verhandlungen vor dem Reichsarbeitsministerium ist eine Lohnerhöhung vereinbart worden. Die Arbeit wird am Samstag und Montag aufgenommen.

Zum Alltag u. zum Feste

bleibt Christ's Brot

doch das Beste!

Aus aller Welt.

Großes Schadenfeuer. 150 Schweine verbrannt.

Montag früh wurde auf dem Gut Wasbüttel bei Zye durch Feuer ein Schweinestall vernichtet, wobei 140 bis 150 Schweine verbrannten. Durch Funkenflug wurde auch der Hof eines Landwirts eingeeigert. Das Feuer wurde von insgesamt 20 Wehren bekämpft.

Mord an einer Sechzehnjährigen.

Durch eine Polizeistreife wurde Sonntag auf der Landstraße zw. Zwickau nach Wildenfels die 16 Jahre alte Elise Winterstein aus Dittmannsdorf durch mehrere Messerschläge ermordet aufgefunden. Die Leiche war mit Schnee zugedeckt. Nach den bisherigen Feststellungen hat die Leiche schon ein bis zwei Tage am Fundort gelegen. Zwischen dem Mädchen und dem Mörder dürfte ein schwerer Kampf stattgefunden haben. Der Täter konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Strandung eines deutschen Dampfers.

Der deutsche Dampfer „Elberfeld“ (7272 T.) in der Nähe von Kap Trafalgar gestrandet und hat O.S. Signale ausgesandt. Der Schleppdampfer „Peleus“ ist in der Nähe der Unfallstelle.

Schüsse auf die frühere Verlobte.

Ein aufregender Vorfall spielte sich am Sonntag abend in der Putzstraße im Norden Berlins ab. Dort gab der 27jährige Bauarbeiter Schulz auf seine frühere Braut, die 31 Jahre alte Arbeiterin Erna Kückert, aus einer Pistole zwei Schüsse ab, durch die sie am Kopf und an einer Hand schwer verletzt wurde. Der Täter entflohen und konnte bisher nicht ermittelt werden.

Unfall eines deutschen Verkehrsflugzeuges vor der Insel Widen.

Das Verkehrsflugzeug von Berlin nach Kopenhagen erlitt am Sonntag abend nachmittags vor der Insel Widen einen schweren Motorschaden und mußte auf die See übergeben. Es wurde von einem Fischerboot an Land gebracht. Die Insassen kamen ohne Schaden davon.

Der Wildwest-Überfall in der Tauentzienstraße in Berlin.

Der Händler Johannes Spruch, der im Dezember v. J. wegen des Wildwest-Überfalles auf ein Juwelengeschäft in der Tauentzienstraße zu einer sechsmonatigen Haftstrafe verurteilt wurde, hat jetzt den Namen seines Mittäters angegeben. Es handelt sich um den Polen Stanislaus Kohn. Kohn ist es offenbar gelungen, nach Oberkassell zu entkommen. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Millionen-Erbischaft einer Verkäuferin.

Eine in Konstanz tätige Verkäuferin erhielt jetzt die amtliche Mitteilung, daß sie die Erbin eines Vermögens von 8 Millionen holländischen Gulden (etwa 13 Millionen Reichsmark) geworden sei. Ein in holländisch-Indien verlebter Verwandter hat vor etwa 40 Jahren ein ansehnliches Vermögen hinterlassen. Seit dieser Zeit schwebt ein Prozeß um dieses Geld, der jetzt zugunsten der Verwandten des Verstorbenen entschieden wurde. Dadurch erben diese das mittlerweile auf 10 Millionen holländische Gulden angewachsene Vermögen, das in sechs Teile geteilt ist.

Großfeuer in Nordhausen.

In der Nacht zum Montag brach in Nordhausen ein Großfeuer aus, wie man es seit den Vorkriegsjahren nicht mehr erlebt hat. Das Gebäude der früheren Dombräuerei brannte bis auf die Grundmauern nieder. Die Ursache ist noch nicht bekannt. Der angerichtete Schaden ist sehr beträchtlich.

Verhaftung eines Bleichroeder.

In Dresden wurde dieser Tage der Baron Edgar von Bleichroeder aus Berlin festgenommen und die Untersuchungshaft über ihn verhängt. Die Verhaftung erfolgte im Zusammenhang mit einer Kindesentführung. Die Schwester des Verhafteten, Julie von Bleichroeder, war seit etwa zehn Jahren mit dem Kaufmann Herschel im Weichen Hirsch in Dresden verheiratet. Seit dem Frühjahr lebte das Ehepaar jedoch getrennt, wobei das aus der Ehe hervorgegangene Kind, ein Knabe von 3 1/2 Jahren, der Obhut des Vaters unterstand. Auch nachdem die Ehe geschieden worden war, blieb das Kind durch Gerichtsbeschluss dem Vater zugesprochen. Da die Mutter auf gutem Wege eine Ueberlassung des Kindes nicht verlangen konnte, schritt sie zur Entführung. Anfang September brachten das Kinderfräulein und der Knabe von einem Spaziergange nicht mehr zurück und sind seitdem verschwunden. Es steht fest, daß sie zusammen mit Frau Herschel ins Ausland gereist sind. Der Vater des Knaben erstattete gegen die geschiedene Frau und das Kindermädchen Anzeige wegen Kindesentführung. Im Laufe der Untersuchung stellte sich heraus, daß der Bruder der Frau, Edgar von Bleichroeder, bei der Entführung beteiligt war und die drei in seinem Kraftwagen nach Paris gebracht hat. Edgar von Bleichroeder weigert sich einstweilen, irgendeine Auskunft über den Aufenthalt seiner Schwester und des Kindes zu geben.

Die kirchliche Trauung des Ehepaars Jubloff.

Im Palais Schaumburg in Bonn wurde am Montag nachmittag die kirchliche Einsegnung der am Sonntag abend geschlossenen Ehe des Russen Jubloff mit der ehemaligen Prinzessin von Schaumburg-Lippe, der Schwester des letzten Kaisers, durch den ersten Beistand der russischen Kirche in Wiesbaden nach griechisch-orthodoxem Ritus vollzogen. An der Feier nahmen nur etwa dreißig Personen teil. Die 61 Jahre alte Frau trug einen berühmten Spitzenscheitel ihrer Mutter, der Kaiserin Friedrich, der ein kostbares Erbstück aus dem Besitz des englischen Königshauses darstellt.

Großfeuer im Kreis Schwaga.

Das Dorf Heilbra wurde Sonntag von einem Großfeuer heimgesucht, durch das vier Landwirte die Wirtschaftsgelände und Scheunen eingeeigert wurden. Das Feuer fand an den großen Futter- und Strohvorräten reiche Nahrung. Die vier Gebäude sind bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Wohnhäuser sind durch die vereinzelt Bemühungen der Feuerwehren der gesamten Nachbarn gerettet worden, jedoch ist dem einen Landwirt sämtliches Vieh verbrannt. Man vermutet Brandstiftung.

Opfer eines Scheunenbrandes.

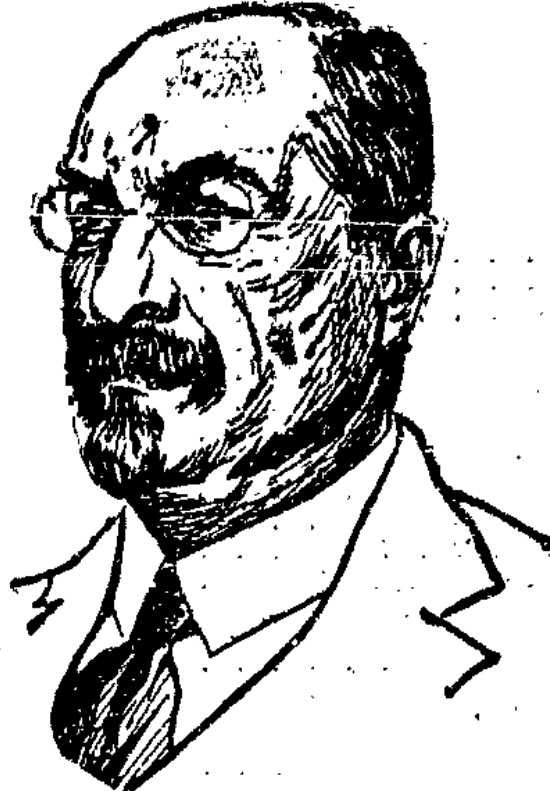
Sonntag abend entstand in einer Scheune in Dohausen bei Kaiserswerth, in der mehrere Obdachlose übernachteten, ein Feuer, das sich auf einen Teil der Anstalten der Scheune ausbreitete. Einer der Obdachlosen konnte jedoch nur als verlohrene Leiche und drei andere, darunter eine Frau in schwerem Zustand, zu Grunde gekehrt werden. Ob noch weitere Personen ums Leben gekommen sind, war bis zur Stunde nicht zu erfahren.

Zur Abrüstungskonferenz des Völkerbundes am 30. November.

Die sieben ernannten russischen Delegierten.



Ditminoff, Beigeordneter des Vollkommissars für auswärtige Angelegenheiten.



Lunacharski, Vollkommissar für Vollausführung.

Das Glück aus der Ferne.

Das Saalestädtchen Kaumburg hat seine Sensation, die alle Gemüter erregt und alle Gespräche beherrscht. Der Ort ist zum Schauplatz eines nicht alltäglichen Liebesromans geworden, in dessen Mittelpunkt die 21 Jahre alte Fabrikarbeiterin Elisabeth Kessler steht. Sie ist Paderin in einer Kammerfabrik. Um das Gelingen ihrer täglichen Beschäftigung etwas abwechslungsreicher zu gestalten, fügte sie einer Sendung nach Amerika einen Gruß aus der deutschen Heimat mit ihrer Adresse bei. Tatsächlich kam die Sendung in den Besitz eines Deutschamerikaners in einem Vorort von New York. Die Freude über diesen Gruß eines deutschen Mädchens teilte vor allem der 23 Jahre alte Chauffeur Robert Presh, der Schwager des Empfängers, der vor sieben Jahren aus Deutschland nach den Vereinigten Staaten ausgewandert ist. Er erwiderte die Grüße, und zwischen Kaumburg und New York entspann sich ein Briefwechsel und ein Austausch von Photographien. Als der junge Mann das Bild des Mädchens aus Kaumburg erhalten hatte, entschloß er sich zu einer Fahrt nach der alten Heimat. Hier ließ die Verlobung nicht lange auf sich warten, da die hetzere Fabrikarbeiterin auch persönlich dem Deutschamerikaner gefiel. In kurzer Zeit wird die 21jährige, deren Vater Arbeiter im Deuna-Werk ist, ihrem Verlobten nach der neuen Welt folgen.

Brand in der Agfa-Filmfabrik Woffen.

In der Agfa-Filmfabrik Woffen der A. G. Farbenindustrie A.-G. entzündete sich Montag gegen 10 Uhr vormittags durch einen elektrischen Funken ein Behälter mit losen Filmpressen. Der Brand dehnte sich schnell auf den ganzen Raum aus, der in kurzer Zeit ausbrannte. Der Sachschaden wird auf circa 36 000 Mark geschätzt. Personen kamen nicht zu Schaden. Eine Betriebsstörung tritt nicht ein.

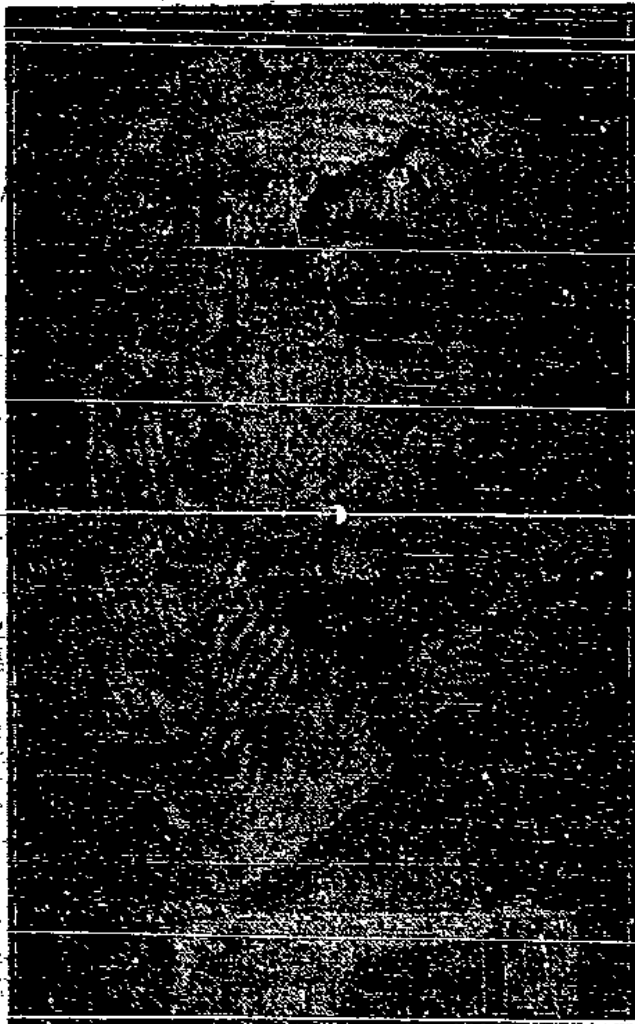
Brandstiftungen.

In dem Dorfe Westendorf bei Donauwörth sind in der Nacht zum Montag ein gefüllter Getreidespeicher, ein Wohnhaus und ein Mühlenwesen niedergebrannt. In sämtlichen Fällen wird Brandstiftung vermutet.

Stapellanz.

Am Mittwoch wird auf der Steiner Vulkanwerft das Einschrauben-Motorschiff „Trave“ zu Wasser gelassen werden. Das für den Norddeutschen Lloyd gebaute Schiff hat eine Länge von 151,50 Metern, einen Bruttoreraumgehalt von 8000 Registertonnen und eine Ladefähigkeit von etwa 11 500 Tonnen. Die „Trave“ ist mit Eisverstärkung gebaut. Zum Antrieb dient ein doppelwirkender Sechszylinder-Zweitakt-Dieselmotor, der dem Schiffe bei voller Ladung eine Geschwindigkeit von mehr als 13 Seemeilen in der Stunde verleiht.

Jubiläum der Warmbrunner Holzschnittschule.



Kopf in Eisenholz angefertigt in der Klasse Prof. Kauts.

Die Warmbrunner Holzschnittschule, die einzige ihrer Art in ganz Deutschland, kann jetzt auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken. Die Schule wurde am 1. März 1859 in der Stadt Warmbrunn gegründet. In der ersten Zeit wurde hier in vier Klassen gelehrt, später wurde die Zahl der Klassen auf sechs erhöht. Die Schule hat in der Zwischenzeit einen hervorragenden Ruf erlangt. Die Schüler aus allen Teilen Deutschlands besuchen die Schule in allen Fächern und besonders die Holzschnittkunst. Die Schule hat in der Zwischenzeit einen hervorragenden Ruf erlangt. Die Schüler aus allen Teilen Deutschlands besuchen die Schule in allen Fächern und besonders die Holzschnittkunst.

Verhaftung eines Bankdirektors.

In Hanau hat die Gewerbebank ihre Zahlungen eingestellt, wodurch weite Kreise des Mittelstandes in Misere verfallen sind. Auf Antrag des Ausschusses der Gewerbebank ist die Verhaftung des ersten Direktors Franz Simon veranlaßt worden, da derselbe sich beträchtlicher Unterschleife und anderer Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht hat, was in erster Linie die letzte Katastrophe der Gewerbebank verursacht hat. Die Kassenstände der Gewerbebank betragen rund 400 000 Mark. Mit allen Mitteln soll versucht werden, den Konkurs zu vermeiden.

Verhaftung eines Straßenräubers.

In Dortmund konnte Sonntag abend ein Straßenräuber auf frischer Tat festgenommen werden. Der Bursche fiel über eine Filialeiterin her, schlug sie hinterläßt zu Boden und entriß ihr die Aktentasche mit der Tageseinnahme. Es gelang Passanten, den Räuber festzunehmen. In seinem Besitz fand man einen scharf gekliffenen Dolch und eine schwarze Weste. Der Täter wurde als der 21 Jahre alte Karl Hebenhauser festgestellt, der bereits wegen ähnlicher Uebertaten von verschiedenen Behörden festgenommen wurde. Jedenfalls hat er auch in Berlin bisher noch unaufgeklärte Raubüberfälle ausgeführt.

Einbruch und Mord.

Im Wokamt in Volbers im Unter-Rhein-Land wurde in der Nacht zum Montag von zwei unbekanntem 20- bis 25jährigen Personen ein Einbruch verübt. Der im gleichen Hause wohnende Revierinspektor der Gendarmerie, Robert Schönnagel, der durch das Geräusch aus dem Schlaf geweckt worden war, wurde bei dem Versuch, die beiden Eindringlinge zu verhaften, durch einen Schuß ins Herz getötet, seine Frau, die ihm zu Hilfe eilte, durch einen Schuß in die Lunge schwer verletzt. Die Täter entflohen.

Brand in einem pommerischen Landstall.

Sonntag früh 6 Uhr, entstand in dem Schloß des Ritterguts Marienwalde, Kreis Neukettin, Besitzer Max Hübner, ein Brand, der trotz energischer Bekämpfung den ganzen Tag über anhält. Das Schloß, ein altertümlicher dreigeschossiger Grobbausteinbau, ist bis auf die Umfassungsmauern zerstört. Viele wertvolle Einrichtungsgegenstände in den oberen Stockwerken sind den Flammen zum Opfer gefallen.

Ein Fuhrwerk vom Zuge überfahren.

Sonabend abend wurde auf der Strecke Treysa-Kassel zwischen Zimmerode und Borken ein Landfuhrwerk, das die geschlossene Schranke durchbrochen hatte, von einem Personenzug vollständig zertrümmert. Ein Mann wurde auf der Stelle getötet, die beiden anderen Insassen wurden schwer verletzt.

Drei Kinder durchs Eis gebrochen.

In Altona bei Rattenburg erkrankten die drei Kinder eines Landarbeiters im Alter von sechs bis neun Jahren. Die Kinder spielten auf einem zugefrorenen Waldteich, der nur eine dünne Eisdicke trug.

Siebestraßendiebstahl.

Sonntag mittag wurden in einem Hotel in Währing (Wien) ein Mann und eine Frau mit Schußwunden tot aufgefunden. Es handelt sich um den Versicherungsbeamten Jakob Mandl und eine Frau Therese Bad, die mit ihrem Mann in Scheidung lebt. Soweit bisher feststeht, sind beide wegen der Schwierigkeiten einer ehelichen Vereinigung in den Tod gegangen.

Der in Oberlaa bei Wien ansässige Bundesbahndienstwagenführer Bachinger erstick im Streit seine Geliebte, die 22jährige Therese Kramer, die von ihrem Gatten getrennt lebte. Bachinger wurde festgenommen.

Die Betrügerinnen bei der Zeichnung.

auf die vierte tschechoslowakische Staatsanleihe. Vor dem Prager Strafgericht begann Montag der Prozeß gegen ein angeklagtes weichen Betrügerinnen bei der Zeichnung auf die vierte Staatsanleihe. Unter den Angeklagten befinden sich mehrere bekannte Persönlichkeiten, die der tschechoslowakischen Nationalsozialistischen Partei angehören, darunter der Direktor des Verlages des Parteiblattes und der Zentralsekretär der Partei. Der dem Staat zugefügte Schaden wird auf 46 750 000 Kronen geschätzt. Es sind insgesamt 45 Zeugen geladen. Der Prozeß wird mindestens vierzehn Tage dauern.

Ein neuer Weltflug Cobhams.

Sir Allan Cobham ist Sonntag morgen in Southampton zusammen mit Lady Cobham und vier anderen Personen mit dem Flugzeug „Singapore“, einem großen Generalflugzeug, nach Afrika aufgebrochen. Der Flug ist ein Versuch, eine neue Route von London nach Kapstadt zu finden. Die Reise wird etwa drei Monate in Anspruch nehmen. Die nächste Etappe ist Port Natal, wo das Flugzeug am nächsten Sonntag eintriften soll.

Ein Filmfabrik in Berlin.

Montag wird in Berlin eine neue Filmfabrik in Betrieb genommen. Die Fabrik wird in der Nähe des Potsdamer Platzes erbaut und wird für die Produktion von Filmen für den deutschen Markt und für den Export bestimmt.

Wirtschaft.

Der amtliche Großhandelsindex vom 15. November.

Die auf den Sonntag des 15. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts beträgt:

| Indexgruppen | 1913 = 100 | | Veränderung in p. C. |
|---|--------------|----------|----------------------|
| | 9. Nov. 1927 | 15. Nov. | |
| I. Agrarstoffe: | | | |
| 1. Pflanzliche Nahrungsmittel | 139,5 | 142,0 | + 1,8 |
| 2. Vieh | 112,0 | 108,8 | - 2,8 |
| 3. Vieherzeugnisse | 160,5 | 164,3 | + 2,4 |
| 4. Futtermittel | 141,6 | 142,1 | + 0,4 |
| Agrarstoffe zusammen 137,1 137,7 + 0,4 | | | |
| II. Kolonialwaren 139,2 139,2 + 0,0 | | | |
| III. Industrielle Rohstoffe und Halbwaren: | | | |
| 6. Kohle | 130,7 | 130,7 | + 0,0 |
| 7. Eisen | 124,4 | 124,4 | + 0,0 |
| 8. Metalle | 103,7 | 103,7 | + 0,0 |
| 9. Textilien | 164,8 | 161,9 | - 1,6 |
| 10. Häute und Leder | 150,0 | 152,6 | + 1,7 |
| 11. Chemikalien | 123,7 | 123,7 | + 0,0 |
| 12. Künstliche Düngemittel | 81,4 | 81,4 | + 0,0 |
| 13. Technische Öle und Fette | 120,0 | 120,0 | + 0,0 |
| 14. Leinwand | 44,9 | 44,5 | - 0,9 |
| 15. Papierstoffe und Papier | 150,7 | 150,7 | + 0,0 |
| 16. Hautstoffe | 161,2 | 161,2 | + 0,0 |
| Industrielle Rohstoffe u. Halbwaren zusammen | 134,4 | 134,1 | - 0,2 |
| IV. Industrielle Fertigwaren: | | | |
| 17. Produktionsmittel | 131,2 | 132,3 | + 0,8 |
| 18. Konsumgüter | 171,3 | 171,7 | + 0,2 |
| Industrielle Fertigwaren zusammen | 154,1 | 154,8 | + 0,5 |
| V. Gesamtindex 140,0 140,3 + 0,2 | | | |

Die Gesamtindexziffer ist demnach gegenüber der Vorwoche um 0,2 p. C. gestiegen. Von den Hauptgruppen hat die Indexziffer für Agrarstoffe um 0,4 p. C. zugenommen. Die Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist um 0,2 p. C. zurückgegangen, während diejenige der industriellen Fertigwaren sich um 0,5 p. C. erhöht hat.

Von den Einzelgruppen der Agrarstoffe ist die Indexziffer für pflanzliche Nahrungsmittel vor allem infolge höherer Preise für Getreide, Kartoffeln und Jäger gestiegen. Der Rückgang der Indexziffer für Vieh ist in der Hauptsache auf niedrigere Preise für Schweine zurückzuführen. Von den Vieherzeugnissen sind die Preise für Butter und teilweise für Eier gestiegen.

Innerhalb der Gruppe Kolonialwaren wurden Preissteigerungen für Tee und Gewürze durch Preisrückgänge für Margarine ausgeglichen.

Der Rückgang der Indexziffer der industriellen Rohstoffe und Halbwaren ist hauptsächlich durch Preisrückgänge in der Gruppe Textilien bedingt; und zwar haben die Preise für Baumwolle, Baumwollgarne, Flach und Jute nachgegeben, während die Preise für Wolle leicht zugenommen haben. Unter den Nichttextilmetallen lag der Kupferpreis niedriger, die Preise für Zinn und Nickel dagegen höher als in der Vorwoche. In der Gruppe Häute und Leder sind vor allem die Preise für Untereleder und Treibriemenleder weiter gestiegen.

Auf dem Gebiet der industriellen Fertigwaren hat die Indexziffer der Produktionsmittel bei Preisrückgängen für einzelne Maschinen und Werkzeuge sich in stärkerem Maße als bisher erhöht. Die Indexziffer für Konsumgüter weist gegenüber der Vorwoche nur eine leichte Steigerung auf.

Der deutsche Reichsbahnverkehr im Oktober.

Nach den Mitteilungen des Nachrichtenblattes der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft war der Güterverkehr im Oktober der bisher stärkste im laufenden Jahre, was insbesondere auf die Entlastung des Verkehrs und den Kohlenverkauf für die gut beschäftigte Industrie zurückzuführen ist. Insgesamt wurden zum vorläufigen Ermittlungspunkt rund 6,1 Prozent mehr Wagen gestellt als im Vormonat. Der Kohlenverkehr brachte trotz des Streikes im Mitteldeutschen Revier eine Steigerung von rund 75.000 Wagen gegenüber September. Der Personenverkehr war entsprechend der Jahreszeit merklich schwächer als im Vormonat. Insgesamt wurden im Oktober 1768 Sonderzüge (Vormonat 3925, Vorjahr 1927) abgefahren. Die Einnahmen im September ergaben 45.688.000 Mark, die Ausgaben und zwar persönliche und sachliche 295.750.000 Mark, Ausgaben für Erneuerung der Reichsbahnanlagen 65.294.000 Mark, ferner Ausgaben für den Dienst der Reparations- und Überwachungsarbeiten 54.977.000 Mark, insgesamt (mit den Ausgaben für Rückstellungen) 435.639.000 Mark. Die Einnahmen der Reichsbahn zeigten seit Beginn des Geschäftsjahres bis August eine zunehmende Besserung, die Septembererinnahmen im ganzen bleiben um 36 Millionen hinter den Augustergebnissen zurück. Auf der Ausgabeleihe sind entsprechend dem Bau- und Beschaffungsprogramm das ständig erweitert werden konnte, die Anforderungen nach wie vor erheblich. Die Monatsrate für den Dienst der Reparations- und Überwachungsarbeiten entspricht den gesteigerten Lasten des vierten Reparaturjahres, das namentlich die volle Belastung von jährlich 600 Millionen bringt. An die Beamten wurden Vorläufe auf die Besoldungsneuregelung gezahlt. Am 31. Oktober hat die Hauptverwaltung begonnen mit den Tarifgewerkschaften über die Gewährung von Zulagen zu verhandeln.

Nach polnischen Nachrichten. Im polnischen Papiermarkt herrscht feste Stimmung. Für den Fall, daß die Polarisierung der Rolle durchgeführt wird, rechnet man mit einer Erhöhung der Preise. Man ist in Frankreich der Ansicht, daß der teure Import aus Deutschland auf die Preissteigerung für inländisches Papier von bedeutendem Einfluß sein wird. Es werden notiert je Kilogramm: Druckpapier, Satin und matt, 0,79 bis 0,85 Pfennig, Kopierpapier 1,19 bis 1,30 Pfennig, Papier für Briefe 1,40 bis 1,50, halbfestes Schreibpapier 1,65 bis 1,75, Schreibpapier 1,75 bis 1,85, Briefpapier 1,20 bis 1,30, Alpenpapier 1,20 bis 1,30 Pfennig. Die Preise sind fest.

Die neue russische Reichsbanknote in Höhe von 60 Millionen Rubel wird nach Bekämpfung durch das Reichsbank des Zentralbankrates der G.S.R. angesetzt. Die Anleihe läuft 7 Jahre, vom 1. September 1927 bis 1. September 1934. Sie zerfällt in 60 Serien zu je 100.000 Rubel (1 Million Rubel). Die Obligationen der Anleihe laufen auf den 1. September 1934 und haben einen Wert von 10 Millionen (100 Rubel), 25 Millionen (250 Rubel), 50 Millionen (500 Rubel) und 100 Millionen (1000 Rubel). Die Verzinsung beträgt 5 Prozent jährlich. Der Zinssatz der Anleihe wird vom Reichsbankrat in Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium festgesetzt. Die Verzinsung erfolgt nach dem russischen Kalender. Die Obligationen der Anleihe sind von russischen Postämtern und Banken in allen Ländern des Reichsbankrates zu beschaffen. Der Kurs der Anleihe ist zu je 100 Rubel 100 Mark. Die Anleihe ist in allen Ländern des Reichsbankrates zu beschaffen. Die Anleihe ist in allen Ländern des Reichsbankrates zu beschaffen.

Forsterei in allen Ständen. Die Forsterei ist in allen Ständen zu beschaffen. Die Forsterei ist in allen Ständen zu beschaffen.

Aus Schlessien.

Munition im Walde

Der Gebirgsjäger-Bataillon Hauptstamm immer noch — der Brandstiftung.

Der Hirschberger Landrat gibt bekannt: Wie schon in Zeitungsberichten gemeldet, ist vor kurzem in der Nähe von Agnetendorf am Feldwasser ein Paket mit Munition und vier Gummistempeln gefunden worden. Die Ermittlungen haben bis jetzt ergeben, daß es sich ansehnend um Munition des hiesigen Gebirgsjäger-Bataillons handelt, die von einem früheren Feldwebel besetzt worden ist. Die gefundenen Stempel waren nicht Eigentum des Bataillons und sind anscheinend von dem ausgeschiedenen Feldwebel angefertigt. Die weitere Untersuchung der Angelegenheit liegt in den Händen der zuständigen Behörde, nach deren Abschluß weitere Mitteilungen erfolgen.

So lobenswert, wenn eigentlich auch selbstverständlich, es scheint, daß der Hirschberger Landrat um die Information der Öffentlichkeit bemüht ist, so nachdrücklich muß doch festgestellt werden, daß die hier weitergegebene reichlich spät erscheinende Bekanntmachung keineswegs befriedigt. Die ganzen Begleitumstände des Fundes und vor allem das beharrliche Schweigen des Gebirgsjäger-Bataillons zu der Herkunft der Stempel, die „anscheinend“ von dem „ausgeschiedenen“ Feldwebel angefertigt worden sein sollen, sind zu merkwürdig, um durch die bedingte Aufklärung des Herrn Landrats aus Hirschberg wirklich geklärt zu erscheinen. Wir glauben nicht, daß der „ausgeschiedene“ Feldwebel, dessen Zivilberuf nicht verraten wird, nur zum Sonntagsergnügen „anscheinend“ Stempel „anfertigt“, oder um es mit einem gebräuchlicheren Ausdruck zu bezeichnen, fälscht, und „anscheinend“ dem Gebirgsjäger-Bataillon gehörige, Munition im Walde vergräbt.

Es muß daher nachdrücklich gefordert werden, daß die Polizei und der Hirschberger Landrat die Untersuchung ohne Rücksicht auf die militärische Schweigsamkeit des bestaunten Gebirgsjäger-Bataillons — das sich merkwürdigerweise diesfalls und über die Fälligkeit seiner Dienstflag gar nicht aufzuerheben scheint — fortgeführt und der Öffentlichkeit eine weniger deutliche Aufklärung über die Zusammenhänge gegeben wird.

Der erste Segelflug in der Grafschaft Glatz.

Unter karer Anteilnahme der Bevölkerung der Grafschaft Glatz wurde das hier konstruierte Segelflugzeug, das erste in der Grafschaft Glatz, aus der „Luft“ gehoben. Das Segelflugzeug bewies trotz der völligen Windstille, die einen längeren Flug unmöglich machte, seine Flugfähigkeit. Ihm wurde der Name „Lando“ nach dem Ort seiner Entstehung zuteil.

Revision im Volksbündnisprozess.

Die Revisionsverhandlung im bekannten Volksbündnisprozess, in dem elf Volksbündnismitglieder zu sechs Monaten bis zwei Jahren Festung verurteilt wurden, beginnt am 24. November vor der höchsten polnischen Gerichtsstanz, dem Warschauer Appellationsgerichtshof.

Walzburg. Ein Senfgeschäft zusammengeführt. Im Untertagebetrieb der Davidgrube ist auf ganz unerklärliche Weise der Senfschacht, in dem gerade Kohle gefördert wurde, auf der vierten Sohle plötzlich zusammengefallen. Zum Glück waren Menschen nicht in der Nähe, so daß nur großer Materialschaden entstand. Die Kohlenförderung wird durch den Einsturz nicht behindert, nur muß die Kohle, solange der Senfschacht nicht wieder in Ordnung ist, mit der Eisenbahn bis zum Juliusshacht transportiert werden, weil die Davidgrube eine eigene Kohlenwäsche nicht besitzt. Man rechnet damit, daß die Beseitigung der Förderstörung ca. vier Wochen in Anspruch nehmen wird.

Blumenau, Kreis Walzburg. Fabrikbrand. In den Arbeitsräumen der Offensabrik von Wienecke entstand veranlaßt infolge Selbstentzündung ein Brand, der reiche Mägen in den aufgeschapelten Holzmodellen fand. Das Feuer konnte auf seinen Ausgangsbahn beschränkt werden, jedoch wurden große Mengen Holz zerstört, so daß der Schaden ziemlich groß ist. Bei den Lösungsarbeiten erlitt der Besitzer der Fabrik eine schwere Rauchvergiftung und mußte in ärztliche Behandlung gebracht werden.

Sabelschwert. Eine neue Art der Befämpfung der Maul- und Klauenseuche hat im Kreis Sabelschwert die besten Erfolge gezeigt. Durch einen Ferkeltransport, der vom Markt in Oberglogau kam, war die Maul- und Klauenseuche in vier Gehöften der Gemeinden Altwiesdorf, Brand und Neuwiesdorf eingeschleppt worden. Die Staatsregierung hatte sofort zur Bekämpfung der Weiterverbreitung die Ringimpfung mit Maul- und Klauenseuchenschutzimpfung angeordnet, nicht nur in den betroffenen Gehöften, sondern auch weit darüber hinaus wurde in den bis zu 2 Kilometer entfernt liegenden Gehöften Impfung durchgeführt. Nicht weniger als 1122 Tiere wurden geimpft, die Menge des benötigten Serums betrug 125 Liter. Diese Maßnahme zeigte sich als sehr erfolgreich, die Seuche blieb auf die ursprünglichen vier Gehöfte beschränkt und ist in ihnen durch Impfung beseitigt worden. Weiter konnte die Ausbreitung der Seuche für Gehöfte und Ortschaften in einem weit kürzeren Zeitraum erfolgen, als es in früheren Jahren möglich war.

Neurode. Vom Wohnungsmarkt. Nach einer erregten Diskussion der Wohnungsmieter sind im hiesigen Wohnungsmarkt insgesamt 46 Wohnungen neu bewohnt worden. Von diesen sind 161 ohne eigene Heizung zu bewohnen, während die übrigen Wohnungen entweder in völlig angrenzenden und ungesunden Wohnhäusern leben. Der hohe Preis der Wohnungen ist ein Hindernis für die Verwirklichung der neuen Wohnungsbauarbeiten. Mit Mitteln aus dem Hausbesitzerentwurf und hiesigen verfügbaren Baugeld sind im Jahre 1927 72 Wohnungen im Bau.

Die großen Schäden, die durch eine Verunreinigung der Luft mit ihren schädlichen Einwirkungen bei Verwendung zu Besuch weile. Das ist die Ursache, weshalb die Erwachsenen im Nebenraum des wahren Spielplatzes (1) mit der Heimeren Spielerei freudig beschäftigt sind. Dem war jedoch nicht so, denn als plötzlich der Tod des Kindes erlitten und man fragte, hatte der Hund das Kind bereits durch mehrere Tage im Genick über verlegt. Das ist ein schreckliches Kind, das sofort zum Begräbnis kam.

Die großen Schäden, die durch eine Verunreinigung der Luft mit ihren schädlichen Einwirkungen bei Verwendung zu Besuch weile. Das ist die Ursache, weshalb die Erwachsenen im Nebenraum des wahren Spielplatzes (1) mit der Heimeren Spielerei freudig beschäftigt sind. Dem war jedoch nicht so, denn als plötzlich der Tod des Kindes erlitten und man fragte, hatte der Hund das Kind bereits durch mehrere Tage im Genick über verlegt. Das ist ein schreckliches Kind, das sofort zum Begräbnis kam.

Die großen Schäden, die durch eine Verunreinigung der Luft mit ihren schädlichen Einwirkungen bei Verwendung zu Besuch weile. Das ist die Ursache, weshalb die Erwachsenen im Nebenraum des wahren Spielplatzes (1) mit der Heimeren Spielerei freudig beschäftigt sind. Dem war jedoch nicht so, denn als plötzlich der Tod des Kindes erlitten und man fragte, hatte der Hund das Kind bereits durch mehrere Tage im Genick über verlegt. Das ist ein schreckliches Kind, das sofort zum Begräbnis kam.

Lebenslust. Ein Haus brennt nieder, weil Kasse brennt. Folgende traurige Vorgeschichte trug sich am 14. Das Haus einer Kasse, die sich im Hofenloch befand, wurde durch einen Brand zerstört. Das Haus wurde durch einen Brand zerstört. Das Haus wurde durch einen Brand zerstört.

Landkreis Breslau/Neumarkt SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Verammlungstermin. Am 14. Mittwoch, 20 Uhr, in der Versammlung im Heim. Die Mitgliedschaft der Zweigvereine und Abteilungsmitglieder sind zu jeder Sitzung eingeladen. Es ist jedes Mitglied, zu erscheinen.

Deutsches Volk. Unterhaltung abend der Gewerkschaftsjugend. Am 20. Dienstag, 20 Uhr, findet im Saal „Schwarzer Adler“ in Deutsch-Wissa ein Unterhaltungsabend der freigewerkschaftlichen Jugend statt. Die arbeitende Bevölkerung ist hierzu herzlich eingeladen. Eintritt frei.

Krankheiten. Folgen eines Streikes. Der hier erwähnte Streik hat auf seiner Arbeitsstelle in der vorigen Woche einem Kollegen in Streit geraten, der zu einer tätlichen Auseinandersetzung führte. Dabei wurde B. verletzt, daß er im Krankenhaus überführt werden mußte, wo er am Montag verstorben ist.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik beschäftigen wir diejenigen Angelegenheiten aus dem Bereich der Polizei, für die wir nur die prägnanteste Zusammenfassung anführen wollen.

Sitte. Herr Oberbürgermeister! Zu verschiedenen Malen sind schon Berichte wegen des schlechten Benehmens der Mitglieder der Siedlung im Bereich der Siedlung erschienen. Die Mitglieder der Siedlung sind in der Siedlung und im Bereich der Siedlung. Die Mitglieder der Siedlung sind in der Siedlung und im Bereich der Siedlung. Die Mitglieder der Siedlung sind in der Siedlung und im Bereich der Siedlung.

Jubiläum der Städtischen Straßenbahn.

Am 14. Oktober feierten die hiesigen Straßenbahnwagen in der Stadt ihren 25. Geburtstag. Die Straßenbahnwagen sind in der Stadt ihren 25. Geburtstag. Die Straßenbahnwagen sind in der Stadt ihren 25. Geburtstag. Die Straßenbahnwagen sind in der Stadt ihren 25. Geburtstag.

Das Brauereibau an der Werderstraße.

Es ist vor einem Jahre umgebaut und erweitert worden. Aus nicht recht begreiflichen Gründen wurde sehr rasch bei dem Umbau vorgegangen. Die Brauereibau an der Werderstraße ist in der Stadt ihren 25. Geburtstag. Die Brauereibau an der Werderstraße ist in der Stadt ihren 25. Geburtstag.

Wasserstand 22. November.

| | | | |
|---------------|-------|----------------------|------|
| Kaffee | 1,21 | Kamern (Unter-Vogel) | 1,20 |
| Stroh (Stroh) | 21,11 | Düppel | 1,58 |
| Stroh (Stroh) | 1,62 | Strohmenge (Stroh) | 0,92 |
| Brot (Weizen) | 2,14 | Strohmenge (Stroh) | 0,92 |
| Treiben | 2,80 | Strohmenge (Stroh) | 0,92 |

Amliche Devisenkurse der Berliner Börse vom 22. November.

| | | | |
|-------------------------|--------|---------------------|--------|
| 1 Pfund Sterling | 20,402 | 100 franz. Francs | 16,45 |
| 1 Dollar | 4,184 | 100 schwed. Kronen | 12,402 |
| 100 belg. Gulden | 169,01 | 100 schweiz. Francs | 80,68 |
| 100 belg. = 500 Franken | 68,41 | 100 belg. Francs | 70,93 |
| 100 norw. Kronen | 111,12 | 100 schwed. Kronen | 122,73 |
| 100 dän. Gulden | 81,54 | 100 schwed. Kronen | 78,27 |
| 100 Lit. | 22,765 | 100 schwed. Kronen | 59,00 |
| 100 holl. Kronen | 112,21 | 100 schwed. Kronen | 48,92 |

Breslauer Produktentörse vom 21. November.

Amliche Notierungen der an der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927. Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927. Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927.

| | | | | | |
|--|-------|-------|--------------------------|-------|----|
| Zählung amtliche Notierungen (100 kg.) | | | | | |
| Getreide | 21 | 10 | Devisen: | 21 | 10 |
| Weizen 74 kg | 26,70 | 26,70 | Winterrüben* | 33,50 | — |
| Roggen 71 kg | 26,70 | 26,70 | Seitenern* | 37,00 | — |
| Hafer | 27,80 | 27,80 | Senfenern* | 38,00 | — |
| Gerste, gute | 27,00 | 27,00 | Hasenern* | 34,00 | — |
| Erbsen | 25,00 | 25,00 | Blumen* | 72,00 | — |
| Sojabohne | 25,00 | 25,00 | * Mittlere Art und Güte. | | |
| einige Winterrüben* 22,00 | 22,00 | | | | |

Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927. Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927.

Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927. Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927.

Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927. Die Notierungen sind in der Breslauer Warenaustausch vom 21. November 1927.